

GLOBALVIEW

Unabhängiges Magazin

<http://afa.at/globalview>

Nr. 1/2005 / 3.- €

PRESSEFREIHEIT

Foto: Reuters (Demonstration in Genua)



**Rules for the
Internet**



**Kommunikations-
probleme?**



Krisenmanagement



Inhaltsverzeichnis

Themenschwerpunkt

Luca Schicho	Werdegang Berlusconis	04
Emily Walton	Kriegsberichterstattung im Irak	05
Sipan A. S. Sedeeq	Iraqi Elections are Over	07
Dr. Gertraud Eibl	Medienfreiheit in Russland	09
Herwig Striessnig	Geschichte der Pressefreiheit	11
Matthias Pázmány	Pressefreiheit in Indien	13
Mag. Alexander Dinhobl	Reporter ohne Grenzen	15
Milan Bochynek	Welttag der Pressefreiheit	16
Christina M. Kabas	Pressefreiheit in Kuba	17

UNO - Background

Irene B. Stöckl, MA	What / Who is Diego Garcia?	18
---------------------	-----------------------------	----

Internationales

Luca Schicho	Regulations of the Internet	19
Bettina T. Kölbl	Beijing + 10	20

Europäische Union

Astrid Entlesberger	Probleme der Berichterstattung	21
---------------------	--------------------------------	----

Österreich

Günther Sablatnig	Krisenmanagement	22
-------------------	------------------	----

Studium

Sven Pusswald	Stationen eines Praktikanten	23
---------------	------------------------------	----

Rezension / Portrait

Astrid Entelsberger	Georgiy Gongadze	25
Alexander Dinhobl	“Der Hass gegen den Westen”	26

HMUN

Fritz Bachmair	HNMUN	27
----------------	-------	----

VIMUN

Katja Gasperic	VIMUN	29
----------------	-------	----

Liebe Leserinnen und Leser!

Von 78 ermordeten Journalisten und Medienmitarbeitern berichtet das Internationale Presseinstitut (IPI) in ihrem Jahresbericht für das Jahr 2004. Diese schreckliche Zahl zeigt auf, dass Pressefreiheit und Schutz der Journalisten keine Selbstverständlichkeit sind. Für uns scheint es bereits zum Alltag zu gehören, dass Medien in der Regel über alle Themen informieren dürfen und sich nur dem selbst auferlegten Ehrenkodex unterwerfen, welcher Objektivität und Qualität wahren soll. Doch leider ist Pressefreiheit in vielen Ländern ein Fremdwort, welches bloß eine Utopie impliziert, da dort staatliche Zensur und Kontrolle der Medien noch Gang und Gäbe sind.

Rechtzeitig vor dem "Welttag der Pressefreiheit" am 3. Mai, versucht das Global View nun einen groben Überblick über die derzeitige Lage dieses grundlegenden Menschenrechtes zu geben. Dazu blicken wir zunächst nach Italien, wo wir den Werdegang Berlusconis genauer unter die Lupe nehmen. Danach wollen wir im Irak neben der Kriegsberichterstattung der USA, auch die jüngsten Wahlen im Land analysieren. Die Lage der Pressefreiheit in Kuba und Indien bekommen wir durch Tatsachenberichte von sich dort befindenden Studierenden berichtet, währenddessen die Lage in Russland von einer Expertin erläutert wird. Um auch Hintergrundinformationen zu erhalten, informiert das Global View über die Organisation "Reporter ohne Grenzen" und über die allgemeine Geschichte der Pressefreiheit. Daneben wechseln wir das Medium und versuchen in der Welt des Internets nach deren Regeln, Kodices oder Gesetze zu suchen. Zu guter letzt runden wir diesen Überblick mit einer Rezension und einem Portrait zu diesem Thema ab.



Doch auch neben diesen Themenschwerpunkt gibt es diesmal viele interessante Berichte.

Ich wünsche informative und angenehme Unterhaltung mit dem Global View!

Franz Josef Gangelmayer, Chefredakteur

Impressum **Herausgeber:** Österreichische Liga für die Vereinten Nationen und Akademisches Forum für Außenpolitik ■ **Eigentümer und Verleger:** Akademisches Forum für Außenpolitik - Österreich, Hochschulliga für die Vereinten Nationen (AFA) ■ **Büro, Redaktion, Verlag:** A-1010 Wien, Johannesgasse 2/2/32, Tel./Fax: +43/1/512 85 21, <http://afa.at/globalview>, E-Mail: globalview@afa.at, ■ **Chefredakteur:** Franz Josef Gangelmayer ■ **Redaktionsteam:** Mag.Dr. Philip Bittner, Katja Gasperic, Klaus H. Iro, Mag. Knut Rakus, Angelika Reichspfarrer, Sipan A. S. Sedeek, Mag. Arthur Stadler, Herwig Striessnig, Stephan J. Wabl, Mag. Christian Wlaschütz ■ **Layout:** Franz Josef Gangelmayer ■ **Fotos:** Andreas Maresch ■ **Bankverbindung:** Erste Bank, BLZ 20111, Ktn.-Nr.: 31002405788 ■ **Druck:** REMA Print ■ Nicht gekennzeichnete Bilder: Redaktion ■

Offenlegung der Blattlinie gem. § 25 Abs. 4 Mediengesetz **Herausgeber:** Österreichische Liga für die Vereinten Nationen und Akademisches Forum für Außenpolitik ■ **Eigentümer und Verleger (100%):** Akademisches Forum für Außenpolitik - Österreich, Hochschulliga für die Vereinten Nationen (AFA) ■ **Sitz:** Johannesgasse 2/2/32, A-1010 Wien ■ **Unternehmer:** unabhängiger, eingetragener Verein / Vorstand vertreten durch Michael F. Pfeifer (Präsident) ■ Das GLOBAL VIEW ist das unabhängige und überparteiliche Magazin der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen und des Akademischen Forums für Außenpolitik (AFA) und versteht sich als Informations- und Diskussionsplattform zu außen- und weltpolitischen Themen. Der Inhalt stellt die Meinung der jeweiligen Autoren dar und deckt sich nicht notwendigerweise mit der Meinung der Liga oder des AFA. Die Redaktion behält sich etwaige Kürzungen von eingesandten Manuskripten vor.



Luca Schicho

Die mediale Demokratie und ihre Schattenseiten - Ein Blick auf den Werdegang des Medienzars Berlusconi

"Ich bin ein pragmatischer Träumer - andere träumen Dinge, die Träume bleiben, ich hingegen setze Träume in die Tat um." Mit diesen Worten blickt Silvio Berlusconi auf der offiziellen Homepage seiner Partei auf die Entstehung seines Wirtschaftsimperiums zurück.

Berlusconi hat sich viele neue Gebiete erschlossen und sie geprägt, doch kein anderes prägte er so wesentlich wie die italienische Medienlandschaft. Aus der Bauwirtschaft, in der er sich in den Sechzigerjahren einen Namen machte, macht er 1978 seinen ersten Schritt in die Welt der Medien. Berlusconi kauft den Mailänder Regionalsender Telemilano 58 auf und macht aus diesem 1980 den ersten landesweiten Privatsender, Canale 5. Da Privatsender zu dieser Zeit nur auf regionaler Ebene erlaubt sind, entwickelt er ein System für "indirekte" landesweite Übertragungen: Das Tagesprogramm wird bereits am Vortag aufgenommen und mit Videokassetten den einzelnen Regionalsendern zugeschickt. Im selben Jahr wird die Publitalia, eine Akquisitionsgesellschaft für Fernsehwerbung, gegründet. 1982 kauft er den Sender Italia 1, zwei Jahre später einen weiteren Sender, Rete 4. 1984 nehmen die drei Sender bereits 700 Millionen Euro für Werbung ein, die Rai nur etwas mehr als die Hälfte.

Das Geschäft blüht, und Berlusconi findet ohne Probleme willige Investoren, die, meist über sonderbare Umwege, dem entstehenden Medienimperium Geld zukommen lassen. Es gibt einen einzigen Haken: Die Rechtslage. Privatsender sind noch immer auf die Regionalebene beschränkt, deshalb wird 1984 die Beschlagnahmung der Aufnahmegeräte der de-facto landesweiten Sender veranlasst.

Zum ersten Mal erhält Berlusconi offene Rückendeckung aus der Politik. Bettino Craxi, zu dieser Zeit sozialdemokratischer Premierminister, erlässt in aller Eile eine Verordnung, die später als "Dekret Berlusconi" bekannt werden soll und die eigentlich illegalen Aktivitäten der drei Privatsender legalisiert. 1985 kauft Berlusconi "Canzoni e sorrisi" ("Lieder und Lächeln"), die Fernsehzeitschrift mit der höchsten Auflage in ganz Italien. 1988 erwirbt er die Filmproduktion Medusa. Im Jahr darauf beginnt der "Kampf um die Mondadori", den größten Verlag Italiens. Berlusconi versucht den Verlag, der vierzehn Tageszeitungen, drei Wochenzeitungen, zahllose Wochenzeitungen und Bücher herausgibt, zu übernehmen. Die Rechtsstreitigkeiten ziehen sich über zwei Jahre hin und enden mit einem "Kompromiss": Berlusconi verzichtet auf die Tageszeitung Repubblica und die Lokalzeitungen, alles übrige wird seinem Medienimperium eingegliedert.

1990 versucht der Postminister Oscar Mammi das wachsende Medienoligopol Berlusconis durch ein neues Fernsehgesetz zu beschneiden. Schonfristen zur Anpassung, Verwässerung durch Änderungen im Parlament und das bewährte Mittel der Nichtanwendung ziehen der "Legge Mammi" den Zahn. Berlusconi muss die Mailänder Tageszeitung Giornale an seinen Bruder Paolo Berlusconi verkaufen und zieht sich von der unmittelbaren Leitung des Mondadori Verlags zurück, seine Fernsehligopol bleibt jedoch unberührt. Die Werbebeschränkungen, die den Privatsendern Berlusconis Einhalt gebieten sollten, schaden vor allem dem staatlichen Fernsehen Rai.

1994 scheitert Berlusconis erste Regierung wegen Korruptionsermittlungen und dem Ungehorsam seines Koalitionspartners Bossi. 2001 kehrt er zurück an die Regierungsspitze und schafft die erste stabile Regierung Italiens seit der Nachkriegszeit. Sein Finanzminister bestimmt nun mit, wer Generaldirektor der Rai wird, bestätigt die Verträge zwischen Rai und Kommunikationsministerium, wirkt an der Bildung des Verwaltungsrats und der Nominierung von dessen Präsidenten mit. Damit kann Berlusconi, Mehrheitsaktionär der privaten Konkurrenz der Rai, auch auf das staatliche Fernsehen beträchtlichen Einfluss nehmen. Ob damit dauerhaft die Kontrolle der italienischen Medien und der italienischen Politik in die Hände eines einzigen Mannes gekommen sind wird die Zukunft zeigen - im Juni 2006, bei den italienischen Parlamentswahlen. ■



Quelle: Reuters

Im Krieg stirbt die Wahrheit zuerst

Amerika und Europa trennt mehr als der große Teich. Die beiden Mächte sind von Grund auf verschieden und das nicht nur wegen ihrer Geschichte, sondern vor allem wegen ihrer Politik. Sei es die Sozialpolitik im eigenen Land, die Vorstellungen zum Außenhandel, die Amerika hegt, oder die Kriegspolitik; in fast allen Fällen handeln diese beiden Mächte unterschiedlich.

Ein Zusammenwachsen der Nationen ist aber nicht in Sicht. Auch wenn Bush, Rice und Rumsfeld durch Europas Polit-Hochburgen Brüssel, Luxemburg, Mainz und München ziehen, so wird es nur schwer möglich sein, Europa und die USA zu vereinen. Einer der wesentlichsten Streitpunkte wurde bereits erwähnt: Noch nie zuvor waren diese Großmächte so gespalten wie zu Zeiten des Irak Kriegs, unter der Herrschaft von George W. Bush. Für viele Europäer ist es unverständlich, wie der "Cowboy" es überhaupt von seiner Ranch in den Oval Office geschafft hat, für noch größeres Staunen aber sorgte die jüngste Wahl im vergangenen November 2004. Schließlich hatte sich der Europäische Durchschnittsbürger über Monate hinweg beim morgendlichen Frühstück mit Kaffee und Tageszeitung über Bushs Kriegstaktik geärgert, auf dem Weg zur Arbeit wurde die Wut auf den US-Präsidenten beim Radio-Hören noch größer. Nach einem langen Arbeitstag blieb bei den Abendnachrichten meist nur ein Lachen für den Texanischen Cowboy. Beeinflusst durch die Medien und einem so großen Pool an Informationen konnte jeder sich ein persönliches Bild des amerikanischen Präsidenten zurechtrücken.



Kriegsberichterstatter im Einsatz

Zwei Jahre später fragen sich nun viele, wie es passieren konnte, dass George W. Bush für eine weitere Amtsperiode ins weiße Haus einzieht - nach all den Hick-ups im Irak. Lesen die Amerikaner beim Frühstück keine Zeitung? Nein, das hätte ich beinahe vergessen zu erwähnen: der Kaffee im Pappbecher von Starbucks wird im Gehen getrunken. Aber wenigstens beim täglichen Workout im 24 Stunden Fitness Center muss doch ein Fernseher laufen. Es gibt also keine Ausrede dafür, dass der US-Bürger von den Medien nicht erreicht wurde.

Warum siegte Bush also mit einem doch beträchtlichen Stimmenvorsprung? Experten führten das Ergebnis auf die "Person" Bush zurück. Das religiöse, familienorientierte Umfeld, "Heimchenfrau" Laura und Bushs glänzende Cowboystiefel passten nun mal besser ins Weltbild der Amerikaner als John Kerry, der wacker versuchte auf einem Surfbrett sich von seinem Image als Elitkandidat zu trennen. Einen Grund nannten die Analysten noch, der in den Vordergrund zu rücken ist: **Der Krieg.** Der Krieg im Irak spielte für die Menschen im "Land der unbegrenzten Möglichkeiten" aus zweierlei Gründen eine Rolle. Zum Einen weil man das nun mal einfach nicht macht, so mir nichts dir nichts unterm Match den Mannschaftskapitän wechseln, und zum anderen, weil der liebe George W. den Krieg mit solcher Bravour führte und für globale Gerechtigkeit unter dem Schirm der USA kämpfte. Kann man das denn so unterschreiben? Wo doch der Großteil Europas gegen Bushs Vorgehen tobte?

Die Bevölkerung war offensichtlich nicht über die wahre Lage aufgeklärt. Zwar versuchten Bush Gegner, etwa Michael Moore, mit Filmen auf die Missstände hinzuweisen, möglicherweise waren diese aber auch zu überspitzt und wurden von der Bevölkerung eher als Hollywood Inszenierung und als Kassenschlager registriert. Woran es nämlich tatsächlich fehlte, war eine wahrhaften Berichterstattung aus Bagdad. Doch Bush und seine Administration hatten fest im Griff, was tatsächlich an die Außenwelt dringen durfte und was nicht. Schließlich ist in Zeiten des Krieges die mediale Berichterstattung das wichtigste Propagandamittel überhaupt. Während die Regierung also an allen Ecken und Enden Tatsachen

verwischte, vertuschte und verdrehte, erhielt die US-Bevölkerung nahezu nur freudige und hoffnungsvolle Meldungen aus dem Krisengebiet. Das sei den Amerikanern doch auch vergönnt, wo man ihnen zuvor doch solche Angst vor dem Terror gemacht hatte. Nicht zuletzt auch ein Resultat des gezielten Einlenkens der Regierung auf die Medien. Allerdings mussten Reuters, die Associated Press und Konsorten dem Zuseher auch verkaufen, dass jene Bilder die auf den Bildschirm flimmerten, auch wahre, detailgetreue Spiegelungen der Kriegssituation seien.



Emily Walton

Die US Regierung kreierte hierzu also eine heldenhafte, staatlich gelenkte Position eines Journalisten. Der Embedded Journalist. Nein, dieser Reporter darf sich nicht weicher Daunendecken erfreuen, im Gegenteil: Eingebettet im Geschehen garantiert er, den wahrhaftigen Alltag im Krieg ans Licht zu bringen. Allerdings kann eine verzerrte Perspektive schnell aus Wahrheit Lüge machen. Somit hat der Zuseher, insbesondere der amerikanische, keine Möglichkeit sich über die Lage im Irak zu informieren, geschweige denn über die verheerenden Arbeitsbedingungen unter denen Truppen, Journalisten und Hilfsorganisationen in Bagdad und Umgebung gelitten haben.

Den Mut die begrabene Wahrheit ans Licht zu bringen hatten nur wenige, so etwa Farnaz Fassihi, eine Korrespondentin des Wall Street Journals, die im Irak stationiert war. In regelmäßigen



Farnaz Fassihi

Abständen verschickte sie Emails an mehr als 40 Bekannte, um über ihre Situation zu berichten. Für die Korrespondentin war der Aufenthalt in Bagdad mit einer Gefangenschaft zu vergleichen. Sie konnte sich nicht auf die offene Straße wagen, von der Kontaktaufnahme mit den Einheimischen ganz zu schweigen. Englisch auf offener Straße zu sprechen bzw. zu beken- nen, dass sie Amerikanerin ist, wäre einem Todesurteil gleich gekommen. Das Ziel ihrer regelmäßigen E-Mails war, die Lage im Irak ins rechte Licht zu rücken, um für ein kleines bisschen Wahrheit zu sorgen. Durch die Entwicklungen der modernen Medien dauerte es auch nicht lange, bis diese E-Mails auch für andere Personen einsichtig wurden: Die E-Mails wurden schon bald im Internet veröffentlicht und jeder konnte sich darüber informieren, wie es tatsächlich in der wohl gefährlichsten Hauptstadt der Welt zuging. Farnaz Fassihi erntete von ihren Kollegen in Bagdad Bewunderung zu ihrem Mut. Jeder Journalist im Irak hätte am liebsten selbst gleichartige Texte veröffentlicht. Was aber geschah mit der jungen Korrespondentin?

Die Wahrheit war für George W. Bush eine Bedrohung, die Aussagen der Journalisten waren eine glatte Kontroverse zu den Lageberichten, die die Regierung publizierte oder in führenden Medien veröffentlichen ließ. Von einem Tag auf den nächsten wurde Fassihi aus Bagdad entfernt, auf "Urlaub" geschickt, zumindest bis nach dem Wahldienstag.

Fassihi war nicht die Einzige, die ihre Berufung als Journalistin darin sah, über die Wahrheit zu schreiben. Ihrem Beispiel folgten viele andere Reporter. Sie veröffentlichten Listen von Internetadressen, in denen auch die Bevölkerung über ihre Lage berichtete. Auf diversen Internetseiten berichteten Ärzte und Hilfskräfte von den Lebensbedingungen, die einfach zu deprimierend sind, um sie zu Papier zu bringen. Mit eigenen Augen mussten sie mit ansehen wie Ärztekollegen und Apotheker auf brutalste Weise niedergeschossen wurden. Wenn schon nicht die Journalisten die Wahrheit sprechen konnten, so war das Internet wenigstens ein Ventil um auf die Situation aufmerksam zu machen.

In dieser Zeit, im Herbst 2004, geriet Noch-Präsident Bush zunehmend in Bedrängnis. Neben dem Kampf gegen den Terror hatte er nämlich noch an einer weiteren Front zu kämpfen: Dem Kampf gegen die Pressefreiheit. Schließlich würde die Wahrheit über den Irak Abermillionen Wählerstimmen kosten. Bush heuerte die regierungsnahen Medien dazu an, ihn und seine Kriegsvorhaben ins rechte Licht zu rücken und den Dominoeffekt der Informationsverbreitung aufzuhalten.

Fortan musste darauf geachtet werden, wer zu Wort kam und welche Aussagen publiziert wurden. So etwa beruhigte der temporäre irakische Ministerpräsident Iyad Allawi bei einem Besuch im Weißen Haus die Öffentlichkeit: Im Irak sei alles Bestens. Hinter der Kamera und im Privaten gab der, von den Amerikanern ins Amt gerufene Präsident an, dass im Irak ein wahres Chaos herrsche. Gerade so knapp vor der Wahl musste auch genau kontrolliert werden, wer tatsächlich zu Wort kommen durfte. Journalisten drohte man, sie bei negativer Berichterstattung über den Irak auf die "BlackList" zu setzen. Den Mitarbeitern jener Firmen, die im Irak für den Wiederaufbau verantwortlich waren, drohte man mit harten Konsequenzen, sollte man sie dabei erwischen, Informationen an die Presse weiterzugeben. In Polittalkshows wurden als Gäste nur alteingesessene Militärkommandanten gelassen, von denen man mit 100prozentiger Sicherheit wusste, dass sie die gewünschte "Realität" schilderten.

Zu allem Übel ist dies auch der Staatsmacht gelungen, denn auch die Medien haben den Mut verloren. Statt um die Pressefreiheit zu kämpfen haben die führenden US-Tageszeitungen den Kampf gegen den mächtigsten Mann der Welt aufgegeben und sich mit dem Motto "don't touch a hot potato, because you're going to get burned" eine eigene Zensur auferlegt.

Fotos: DPA

Iraqi Elections are Over - What Was it All About? A Comment from the Kurdistan Region

On the 30th of January 2005 the first free and multi-party elections took place in the history of this war torn country. At the same time the second regional elections took place in the Kurdistan Region since 1992.

After the downfall of Saddam Hussein's brutal dictatorship many commentators from Europe and Arab or Asian countries were contesting in downplaying the significance of this military intervention that will probably lead to the establishment of an unique phenomena in the middle east: The "elected" foundation of the first democratic, federal state in the middle east-giving full recognition of all ethnic and religious segments of its population. I am intentionally not using the word nation here.

Political analysers in the Kurdistan Region do agree that just a very decentralized federal structure with an high grade of independence in security and financial matters for the regions will have a future. The Kurds, with their long history of being victims of genocide, chemical and biological warfare against them and mass deportations ask for much more securities and restitutions, which I will describe in detail further down. The outcome of the elections weren't a big surprise to most observers, as almost 60% of the population are Shia and 20-25% are Kurds.

The Shia list got almost 53 % of the seats in parliament and the Kurdish one 27 %. This is because there isn't really a nationwide Shia bloc in Iraq as claimed so often by foreign media. The Shia Alliance had an Islamic program and did not appeal to all Shias (as a population). A lot of Shias voted for the communist party, for the pro-Sadr party or the Allawi list.

The Kurdistan list wasn't only a "Kurdish" list, but a list that also represented all people living within the Kurdistan region and nearby. Thus it received votes from Sunni Tribes, with some having old lasting relations and Turkmen and other minorities living within the boundaries of the Kurdistan Region and appreciating the political and economic securities with they enjoy (although 200.000 Kurdish votes (incl. a huge number of Yezidi) couldn't be counted because no election boxes were sent to their region e.g in Shingar and in Shechan).

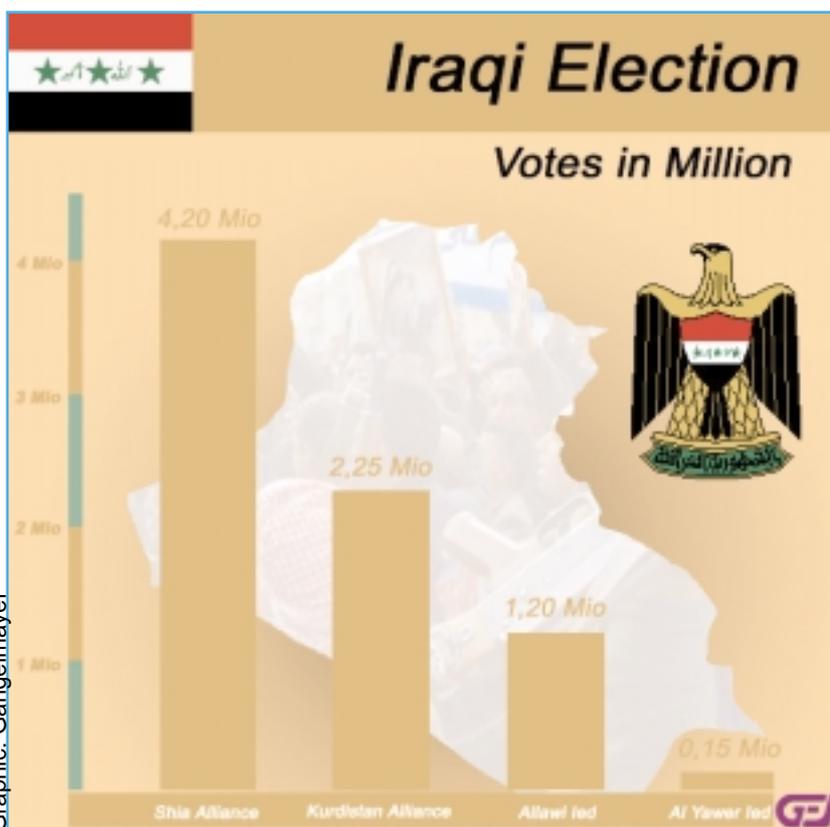
In the Kurdistan Region, which has experienced more than 12 years of semi-democratic self-rule with a quasi multi-party system and two administrations that have joined together recently, the Kurdistan Patriotic, Democratic List has won 104 of 111 seats in the new regional parliament. There are Turkmen, Chaldo-Assyrian, communists and other representatives of a kaleidoscope of religions, ethnicities and ideologies represented in this list as well as the two main parties, the KDP and the PUK.

The voter turnout in the Kurdistan Region for the Kurdistan parliament was 75% the one for the Iraqi parliament was 80 % and would have been higher, if the 200.000 votings I already mentioned would have been enabled and also if the snowy weather conditions wouldn't have caused an isolation of many regions in the mountainous parts of Kurdistan, where people couldn't get their votes.

The reason why more Kurdistanis (and herby we mean all people living in Kurdistan) were willing to vote for the Iraqi parliament than for the Kurdistan parliament was mainly because it was important to them to strengthen the position of the



Sipan A. S. Sedeek



Graphic: Gangelmayer

Photo: Middle East Information Server



Choice advertisement in the Iraq briefly before the election

Kurdistan List in Baghdad to ensure that the stability and autonomy that exists in the region remains or even improves with time. Further they wanted a saying in any drafting of a permanent constitution. In the rest of Iraq the voter turnout was between 50 and 60 %. There was a very low turnout among Sunni Arabs, mainly because of the catastrophic security situation there and not because of any political boycott that might have been declared by any political group. Contrary to the Shias, the Sunnis are not so well organized and solidly united and do not have a religious leadership as the Shias have with their Ayatollahs that can speak out binding fatwas (verdicts).

The two major political groups in Iraq the Shia Alliance and the Kurdistan List are now negotiating on major issues regarding the drafting of the constitution as well as the future political program of the new Iraqi government. For the Kurdistan List there are major issues that have to be met by their counterpart and ratified in written before announcing a readiness to found a new government (elect the president and his deputies and than the prime minister).

Some of them are:

Iraq must have a secular, democratic and federal face

The new Iraq consists of the deliberate cohesion of two nations, the Arabs and the Kurds

All main resources of the country as Oil and Gas are property of the nation and their revenues have to be allocated to the federal regions according to their population

The regions shall have the right to run their own security apparatus and the Iraqi military forces have to receive the approval of the regions if it plans to make any military movements there.

The final constitution has to be subject to a national referendum and must not be refused by 2/3 of the population of 3 Iraqi governorates

In compliance to §58 of the TAL (Transitional Administrative Law) the Arabization process under Saddam Hussein (more than 200.000 displaced Kurds, and other non-arabs) must be reversed.

There is a notion of discontent on the street and with some intellectuals here in the Kurdistan Region. Many Kurds are demanding independence and have expressed this in an unofficial referendum done by a NGO resulting in more than 90% yes votes for Kurdish independence.

Many Arab Iraqi politicians openly criticize the Kurdish aspirations. Even if a new constitution will be set up it is not quiet clear if Pan-Arabism, Kurdish quasi independence and the growing identity problem of Kurdish youth with the Arab part of Iraq or religious fundamentalism will allow this experiment to last for long.

I personally don't see Iraq's future developing as a prototype of a democratic, multiethnic and pluralistic state in the Middle East. But I see the Iraq war and the present developments that will lead to a decentralized commonwealth and maybe semi-independence or independence for some parts of Iraq as a milestone in political emancipation for the Arab world. The elections, who ever organized, supervised or performed them and the democratic spirit that flow out of Iraq, might it be justified and reasonable or not, during the last months had lasting effects on the neighbouring countries. We have seen the first municipal elections in Saudi Arabia, discussions on women voting in the Gulf States, an Egyptian president making democratic reforms in the constitution, the issue with Lebanon and Syria, and the Arab League discussing democratic reforms and changes in education system.

Even if the new Iraq fails to be a success, after 4/9 (fall of Saddam) the region will never be the same again! ■

"Wie Knechte unter altrussischen Bojaren" Die Medienfreiheit in Russland - eine Illusion?

Mit der Medienpolitik ging einst die Auflösung des sowjetischen Reiches einher. Doch die damaligen Errungenschaften erleiden unter Putin enorme Rückschritte. Wieder einmal wird die Presse an der kurzen Leine gehalten - um im Kampf gegen den Terrorismus keine falschen Informationen zu verbreiten, versteht sich.

"Gelenkte Demokratie ist schon fast ein Euphemismus für das, was da passiert, und natürlich leidet die Presse in besonderer Weise darunter." Barbara Oertel, Osteuropa-Expertin und Korrespondentin der Berliner Tageszeitung (taz) bringt mit dieser Aussage auf den Punkt, wie es derzeit um die Freiheit der Medien in Russland bestellt ist. Doch wie kam es dazu, dass Macht und Kontrolle in der Russländischen Föderation wieder Hand in Hand gehen, wo einst Glasnost und Perestrojka Öffnung und Demokratie versprochen?

Die Euphorie von einst ist der Resignation gewichen. Vielen der unter Gorbatschow gegründeten Medienunternehmen wurde in den letzten Jahren der Garaus gemacht. Jene Medien, die der Staatsmacht zu wenig Loyalität schenken, werden schikaniert und letztlich ausgeschaltet. Medien als vierte Gewalt im Land, Medien als Kontrollorgan, das hört man in Russland nicht so gerne. Denn Putin zufolge haben Zeitung, Fernsehen und Radio die Aufgabe, die Kreml'sche Politik zu verkünden, nicht aber anzuprangern. Schließlich gelte es, den Bürger zu informieren anstatt zu verunsichern.

Doch die Zeiten waren einmal anders: Das erste Pressegesetz Michail Gorbatschows hat es erstmals "einfachen" Personen erlaubt, ein Medium zu gründen. Dementsprechend groß war das Interesse an der neu gewonnenen Freiheit. Doch auch das Wort "Freiheit" darf im russischen Kontext nicht falsch verstanden werden. Zwar hat Gorbi den staatlichen Medien einen gewissen Spielraum gewährt, eine völlige Unabhängigkeit der Presse wollte er aber nie akzeptieren. Doch immerhin gab es von 1989 bis 1993, also auch noch unter Jelzin, eine Phase des munteren Gründens.

Da blitzten auf dem Zeitungsmarkt plötzlich 5.000 neue Titel hervor, und die Welt des Rundfunks wurde bereichert von neuen Radio- und Fernsehstationen. In dieser Zeit entstand auch Echo Moskvj. Der Sender gilt trotz heutiger Umstände noch als echtes Flaggschiff der Liberalen.

Ein zwiespältiges Verhältnis

Eben jenes Gesetz haben sich auch die Oligarchen zunutze gemacht. Es gab um die sechs Finanzmagnaten, die sich in Medienunternehmen eingekauft oder selber welche gegründet haben. Sie erkannten zur rechten Zeit, welche Macht von Wort, Bild und Ton ausgeht. So auch der finanzschwere Wladimir Gussinski, der es besonders geschickt anzupacken wusste: Der Banker hat mit seiner Media-Most einen Fernsehsender hervorgebracht, der durch und durch kritische Geister an der Spitze hatte: NTW - ein wahres Aushängeschild des qualitativen Rundfunks. Bis eines Tages die Steuermänner vor der Tür standen. Die kritischen Journalisten sind dem Staat zu gefährlich geworden, und Gussinski an der Spitze erst recht. Für die Staatsmacht war es ein Leichtes, sich der unbequemen Leute zu entledigen: Gussinski wurde beschuldigt, einen Millionenkredit nicht zurückgezahlt und sich aus Staatsfinanzen ein kriminelles Imperium geschaffen zu haben. Geschluckt wurde die Media-Most daraufhin von keinem geringeren als dem staatlichen Energieriesen Gasprom. Macht und Kontrolle schüttelten sich die Hand. Der Hintergrund des Engagements der Oligarchen hat neben wirtschaftlichen auch machtpolitische Gründe: Sie haben Jelzin im Wahlkampf 1997 tatkräftig unterstützt, um eine Rückkehr zum Kommunismus zu verhindern. Trotz der Zwiespältigkeit ihres Einflusses haben die finanzschweren Männer durchaus einen Beitrag zur Medienfreiheit geleistet.

Politisch unabhängig aber finanziell am Gängelband

Gegenwärtig gibt es nur noch zwei bis drei Zeitungen, die es verdient haben, als unabhängige Medien bezeichnet zu werden. Also Blätter, die weder dem Kreml noch einem Finanzgeber verpflichtet sind. Dazu zählt die Novaja Gaseta, die mit einer Auflage von bis zu 200.000 Exemplaren zwei mal wöchentlich erscheint. Leicht haben es die Redakteure aber nicht, und wenn sich darunter auch schillernde Personen wie Anna Politkovskya befinden, so ist es für die Journalist/innen gang und gäbe, umgerechnet 80 Euro Monatsgehalt auf die Hand zu bekommen. Die erwähnte Reporterin hat sich sowohl im In- als auch Ausland einen Namen gemacht, doch auch sie ist vor Attentaten nicht gefeit: Als sie nach dem blutigen Geiseldrama in Beslan in die Region aufbrach, kollabierte sie



Dr. Gertraud Eibl

nach der Zwischenlandung. Im Krankenhaus wurde eine klare Diagnose erstellt: Die Journalistin wurde vergiftet.

Muss es denn tatsächlich schlichtweg hingenommen werden, dass es dem investigativen Journalismus in Russland an Grund und Boden fehlt? Nun, es gibt sie - die mutigen Journalisten, die Kopf und Kragen wagen, um sich für das Schicksal ihres Landes einzusetzen. So etwa Olga Kitova, ehemals Korrespondentin der Moskauer Tageszeitung Obshchaya Gaseta und Reporterin des regionalen Belgoroder Blattes Belgorodskaya Pravda. Kitova hatte als Abgeordnete des regionalen Parlamentes den Ruf einer unangenehmen, gefährlichen Kollegin. Vielleicht war es ihr Abgeordnetenstatus, der die lautstarke Journalistin bislang verschont hatte. Doch nach ihren Artikeln über sämtliche Machenschaften des Gouverneurs ergriff dieser bald eine Gelegenheit, die aufmüpfige Dame mundtot zu machen. Als Kitova einen Justizskandal in der Region Belgorod aufdeckte, schien diese Gelegenheit gegeben: Sie befasste sich mit einem Fall, bei dem sechs Studenten angeklagt wurden, einen Kommilitonen vergewaltigt zu haben.

Die Mutter des angeblichen Vergewaltigungsopfers hatte die Klage eingebracht. Die Reporterin recherchierte, dass der angeblich vergewaltigte Junge unter Schizophrenie litt und die Klage seiner Mutter eine Erpressung war: Diese hatte letztlich sogar angeboten, den Vergewaltigungsvorwurf für eine fette Geldsumme fallen zu lassen. In einer Artikelserie machte die Journalistin auf die willkürlichen Aktionen der Staatsanwaltschaft aufmerksam, doch was sie damit erreichte, war kein Schritt nach vorne, sondern ein jahrelanger Marsch zurück: Die Jungs wurden zu acht bis achteinhalb Jahren Lagerhaft verurteilt, Kitova selbst wurde von den Behörden misshandelt und lebte Jahre in Ungewissheit. Wird ihr dasselbe passieren wie den Burschen? Kann sie weiterhin in Russland schreiben und leben? Kitova hatte Glück: Zahlreiche Menschenrechtsorganisationen, darunter Amnesty International, haben sich ihrer angenommen und ihre Ausreise nach Deutschland ermöglicht. Im Oktober letzten Jahres konnte sie in Hamburg ein Stipendium für politisch Verfolgte antreten. Was sie nun verfolgt, ist das Wissen, durch ihre Initiative keinen Fortschritt herbeigeführt zu haben: Die jungen Männer verbringen ein knappes Jahrzehnt mit Folter und in Ungewissheit. Sie sind zum Spielball und letztlich zu Opfern des Machtkampfes zwischen einer Journalistin und der Staatsanwaltschaft geworden.

Sprachrohr des Kreml

In Russland gibt es keine Zivilgesellschaft im westlichen Sinne, keine Medienfreiheit und keine Gewaltentrennung zwischen Justiz und Verwaltungsbehörden. Während vereinzelt Menschen um das Wohl ihres Landes und ihrer Gesellschaft kämpfen, scheinen sich andere wiederum innerhalb der alten, gewohnten Strukturen sicher zu fühlen. Demnach war es auch nicht schwer, den alten, verschrobene Sprachstil wieder einzuführen. Jene spritzigen Töne, die man zu Jelzins Zeiten noch hören konnte, sind verhallt. Das beobachten vor allem Auslandskorrespondenten, die im Vergleich zu ihren russischen Kollegen ein privilegiertes Arbeitsleben führen. So etwa die ehemalige Russland-Korrespondentin der ARD-Tagesschau, Sybille Kruse-Vaid: "Ich war völlig entsetzt, als ich nach 2000 nochmals in Moskau war, wie das Russische Erste Fernsehen sich verändert hat: Das klang alles wie ein ganz schreckliches Staatsfernsehen, da war nichts mehr von diesem lebendigen Geist, es klang alles nach Verlautbarungsjournalismus".

Positive Aussichten für die Medienfreiheit in Russland gibt es kaum, solange Leute wie Putin an der Macht sind. Der Beruf des Journalisten droht auszusterben, und selbst junge Leute suchen in ihrer journalistischen Karriere das Geld und nicht die Wahrheit. So sieht das auch Olga Kitova, die in einem Telefongespräch meint, dass es nicht schlimmer kommen könne. "Wir sind heutzutage wie Knechte unter den altrussischen Bojaren."

Facts

Auf dem Pressefreiheits-Index der Internationalen Menschenrechtsorganisation Reporter ohne Grenzen rangiert Russland auf Platz 140 von insgesamt 167 aufgelisteten Staaten.

Im Jahresbericht 2004 geht die genannte Organisation auf den erneuten Rückschritt der Pressefreiheit ein. Oleg Panfilow, Direktor des Zentrums für Extremjournalismus, zog im Dezember 2004 Bilanz über das vergangene Jahr: 2004 seien 54 Medienvertreter gewaltsam ums Leben gekommen. Durchschnittlich gäbe es 150 bis 160 Fälle von Angriffen gegen Medienvertreter, wovon die Hälfte in Zusammenhang mit ihrer Arbeit stehe.

Facts

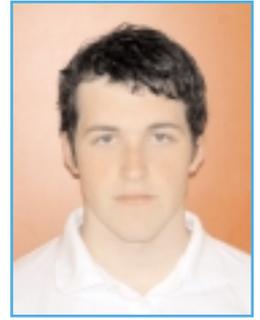
<http://www.rsf.org>
<http://www.reporter-ohne-grenzen.de>
<http://www.cjes.ru>
<http://www.russlandanalysen.de>

Die Geschichte der Pressefreiheit

Wenn man sich die Frage stellt, seit wann es so etwas wie Pressefreiheit schon gibt, muss man zuerst einmal wissen, seit wann Presse, sprich gedruckte Schriften existieren. Gedrucktes Schriftwerk konnte in Europa erst ab dem 15. Jahrhundert in größerer Stückzahl produziert werden, nachdem Johannes Gutenberg den Buchdruck mit beweglichen Lettern erfunden hatte.

Die Geschichte der Pressefreiheit ist eng mit der Geschichte ihres klassischen Gegenbildes, der Zensur, verbunden. Die ersten Zensurmaßnahmen sind uns aus dem antiken Griechenland des Jahres 411 v. Chr. überliefert. Wie uns die Geschichte zeigt, hat sich die Zensur stets allen neuen Möglichkeiten, Schriftstücke herzustellen, schnell angepasst. Die Institution, die in Europa als Erstes rigorose Zensurmaßnahmen betrieben hat, war die katholische Kirche. Bis Gutenbergs Erfindung war es ihr ein Leichtes gewesen, Handschriften zu zensurieren, von denen auf Grund zu geringer Auflagen obendrein auch noch keine besondere Gefahr für die Kirche ausgegangen war. 1487 reagierte Rom mit der päpstlichen Bulle "Inter Multiplices", welche eine Vorzensur von allen Drucken verlangte. Besonders schlimm war die Unterdrückung der Pressefreiheit in Zeiten der Reformation und Gegenreformation. Im Jahre 1527 erließ Ferdinand I. ein Mandat, dass all jenen Leuten mit dem Tod am Scheiterhaufen drohte, die häretische Schriften verbreiten. Als Flugblätter schließlich auch Kritik an der weltlichen Obrigkeit übten, wurden auch von dieser Seite her Zensurbestimmungen festgelegt. 1529 erließ der deutsche Reichstag daher erste Maßnahmen gegen sogenannte "schlechte Schriften". Die Verantwortlichen sollten demnach mittels Druckverbots und Strafen sanktioniert werden. Im Gegensatz zu Frankreich und England gelang es dem Kaiser im Deutschen Reich allerdings nicht, eine zentrale Zensurbehörde einzurichten, da sich Fürsten und Bischöfe dagegen verwehrt. Die Zensur war wie der Absolutismus staatsphilosophisch begründet. So meinte etwa Thomas Hobbes, es wäre nur möglich die Menschen recht zu lenken, wenn man auch kontrollierte, welche Informationen sie erhalten. Im Laufe des 17. Jahrhunderts entwickelte sich in Europa trotz rigiden Zensurbestimmungen ein reges Zeitungswesen. Den Verfechtern der Aufklärung in England, wie etwa John Locke oder John Milton, ist es hauptsächlich zu verdanken, dass dort 1695 erstmals die Zensur offiziell abgeschafft wurde. Zwar war von "Pressefreiheit" explizit noch keine Rede, doch die Verbreitung der Idee von Glaubens- und

Meinungsfreiheit war nun nicht mehr aufzuhalten. Die amerikanische Unabhängigkeitserklärung von 1776, in der die Meinungs- und Pressefreiheit als ein unveräußerliches Menschenrecht proklamiert wurde, war ein weiterer wichtiger Schritt in der Geschichte der Pressefreiheit. 1791 in den USA und 1793 in Frankreich erlangte die Pressefreiheit auch erstmals Verfassungsstatus. Im deutschsprachigen Raum blieb die Zensur jedoch weiterhin aufrecht. Unter Kaiser Joseph II. wurde 1781 die Zensur in Österreich zunächst durch das Gesetz zur "erweiterten Pressefreiheit" gelockert, so dass Kritik an der Obrigkeit in einem gewissen Rahmen sogar möglich war. Als diese neue Möglichkeit, Kritik an seinem System zu üben, zu intensiv genutzt wurde, führte der Monarch nur acht Jahre später eine hohe Stempelsteuer für die Zeitungen ein, die in der Branche zu einem Massensterben führte. Mit dem "Kriminalgesetz" von 1795 versuchte man die öffentliche Kritik der Zeitungen in Österreich einzudämmen, indem man den Verantwortlichen mit 5-10 Jahren schweren Kerker drohte. Die Deutsche Bundesakte von 1815 stellte dann erstmals die Pressefreiheit im Deutschen Raum in Aussicht. Doch in der Bundesversammlung sprachen sich vor allem die beiden wichtigsten deutschen Staaten, Österreich und Preußen, gegen jegliche Lockerung der Zensurvorschriften aus. In den Karlsbader Beschlüssen vom 20. September 1819 wurde die Zensur sogar noch wesentlich verschärft. Dies war auf die starke Erneuerung der Monarchie zurückzuführen, die Europa nach dem Wiener Kongress (1815) erlebte.



Herwig Striessnig



Fürst Metternich erließ in Österreich besonders strenge Zensurbestimmungen

Bild: <http://aeiou.at>

Besonders in Österreich des Fürsten Metternich herrschten strenge Zensurbestimmungen. Diese Ära der Repression dauerte über drei Jahrzehnte und wurde erst mit der Revolution des Jahres 1848 beendet. Am 28. April 1849 beschloss die deutsche Nationalversammlung, dass "die Preßfreiheit ... unter keinen Umständen und in keiner Weise durch vorbeugende Maaßregeln, namentlich Censur, Concessionen, Sicherheitsbestellungen, Staatsauflagen, Beschränkungen der Druckereien oder des Buchhandels, Postverbote, oder andere Hemmungen des freien Verkehrs beschränkt, suspendiert oder aufgehoben werden" dürften. Mit der blutigen Niederschlagung der revolutionären Kräfte wurde dieser Beschluss jedoch außer Kraft gesetzt und die Zensur kehrte erneut in die deutschen Territorien ein. Eine Rückkehr zu einer so gravierenden Zensur, wie sie im Vormärz geherrscht hatte, fand jedoch nicht statt - man könnte eher von einer indirekten Zensur sprechen, die für einen Verleger erst nach der Veröffentlichung eines unliebsamen Artikels Bestrafung vorsah. 1874 wurde im Deutschen Reich mit dem Reichspressegesetz zwar die Zensur vorerst aufgehoben, doch ein ausdrücklicher Schutz der Pressefreiheit war dadurch noch lange nicht gegeben. Unter Bismarck wurde die Pressefreiheit auch bei mehrmaliger Gelegenheit stark eingeschränkt.

Mit Ausbruch des 1. Weltkrieges kam die Pressefreiheit erneut völlig unter die Räder. Erst durch die Weimarer Verfassung vom August 1919 bekam die Pressefreiheit in Deutschland zum ersten Mal explizit den Verfassungsstatus zugesprochen. Der sogenannte "Diktaturparagraph" bot dem Reichspräsidenten jedoch im Falle der "Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" die Möglichkeit, die Grundrechte auch außer Kraft zu setzen. Dieser Paragraph wurde hauptsächlich dazu genützt, radikale Zeitschriften unter Kontrolle zu halten.

Mit Hitlers Machtergreifung am 30. Januar 1933 begannen die Nazis unverzüglich mit der völligen Niederschlagung der Pressefreiheit. Zunächst konnten Zeitschriften auf Grund der Verbreitung "unrichtiger Nachrichten" verboten werden. Als Folge des Reichstagsbrandes folgte dann im Zuge des Verbots der sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien, auch das Verbot von deren Zeitungen. Bis Oktober des Jahres 1933 besaß Goebbles' Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda detaillierte Listen von Journalisten und Verlegern, welche nun nur noch im Sinne des NS-Staates arbeiten durften. In der Nazi-Zeit kam es zu einer starken Zentralisierung jener Verlage, die Zeitungen veröffentlichen durften.

Mit dem 12. März 1938 wurden die Bestimmungen der Nationalsozialisten, die der völligen Unterdrückung der Pressefreiheit dienten, auch trauriger Alltag in Österreich. Doch schon vor 1938 war die Pressefreiheit in Österreich durch den Ständestaat extrem eingeschränkt worden. Seit den Februar-Kämpfen waren linke Parteien und ihre Presse nur noch im Untergrund tätig. 1936 ließ Schuschnigg die "Österreichische Pressekommission" gründen, die ebenfalls eine Zentralisierung des Zeitungswesen ganz nach deutschem Vorbild zum Ziel hatte. Bereits während des 2. Weltkrieges erarbeiteten die westlichen Alliierten ein neues Pressegesetz für Deutschland, das schon kurze Zeit nach Kriegsende in Kraft treten konnte. Doch es wäre falsch zu glauben, dass damit zugleich auch wieder die Pressefreiheit in Deutschland eingeführt worden wäre. Bis 1949 gab es eine strikte Vorzensur durch die Besatzungsmächte. Vor allem sollte damit verhindert werden, dass NS-Sympathisanten eine neue Plattform für ihr Gedankengut bekämen. Mit der Charta der Vereinten Nationen und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte wurde die Pressefreiheit 1948 endlich auf eine breite internationale Basis gestellt. In den Staaten des Ostblocks, wie etwa der DDR gab es zwar offiziell keine Zensur, doch die Presse stand bis 1989 unter der strikten Leitung der sozialistischen Parteien. Obwohl sich die Pressefreiheit im Zuge der Demokratisierung vieler Länder Osteuropas in den vergangenen Jahren weitgehend durchsetzen konnte, bleibt sie dennoch ein gefährdetes Gut. Abgesehen vom völligen Mangel an Pressefreiheit in zahlreichen autoritär regierten Staaten, wie etwa der Volksrepublik China, Nordkorea, Kuba, Weißrussland, den meisten arabischen Staaten oder einigen afrikanischen Staaten, ist sie auch in den westlichen Industrieländern stärker gefährdet als man glauben möchte. Dabei geht die Gefahr für die Pressefreiheit eigentlich nicht mehr von der Zensur aus. Andere Entwicklungen, wie die Monopolisierung und Kommerzialisierung von Medien, bedrohen eine freie Nachrichtenberichterstattung. Genauso zeigt uns das Beispiel des Irak-Kriegs, auf welchem dünnem Eis sich die Pressefreiheit manchmal auch in Demokratien bewegen kann, wenn Journalisten Selbstzensur üben oder im Sinne der Kriegsherren berichten. ■

Quelle

http://www.djv.de/dritter_mai/geschichte.html
<http://de.wikipedia.org/wiki/Pressefreiheit>

Duchkowitsch Wolfgang (2003), Einführung in die Medien- und Kommunikationsgeschichte, Facultas Verlags- und Buchhandels AG

Pressefreiheit in Indien - "Zeitungsleute begannen zu kriechen, als man sie zu beugen aufforderte"

Indien ist die weltweit größte Demokratie. Obwohl die grundlegenden Prozesse einer Demokratie funktionieren - erst Mitte 2004 wurden Parlamentswahlen durchgeführt, die weitgehend ruhig verliefen und einen Regierungswechsel sahen - ist es ein tägliches Wunder, dass die Demokratie im Land der heiligen Kühe noch am Leben ist. Und doch existiert sie mit einer erstaunlichen Lebhaftigkeit.

Das gilt auch für die Presselandschaft. In der Theorie ist die Pressefreiheit in Indien durch die Verfassung garantiert. In der Praxis sieht sich die Presse jedoch täglich der harschen indischen Wirklichkeit ausgesetzt, die von Korruption, Vetternwirtschaft und Obrigkeitshörigkeit geprägt ist. Korruption ist eine der großen Plagen des Landes, die viele Vorgänge in den Staatsinstitutionen, besonders in den Verwaltungen der Bundesstaaten, zur Farce verkommen lässt und auch die Institutionen der Presse nicht verschont. Politiker glauben immer noch, dass sie durch Anrufe den Lauf von Recherchen oder die Linie eines Kommentars beeinflussen können. Und in vielen Fällen haben sich die Mitglieder der Presse auch ihre gemütliche Nische in der indischen Wirklichkeit gefunden.

Kritische Töne gehören auf der einen Seite zur Tagesordnung. Die Presse nimmt ihre traditionelle Rolle als Kontrollorgan wahr und einige Publikationen haben sich regelrecht dem Kampf gegen das Böse im System verschrieben. Auf der anderen Seite lassen vor allem wirtschaftliche Abhängigkeiten, die in Indien oftmals krasser sind, als im Rest der Welt, kritische Töne oftmals schnell verstummen.

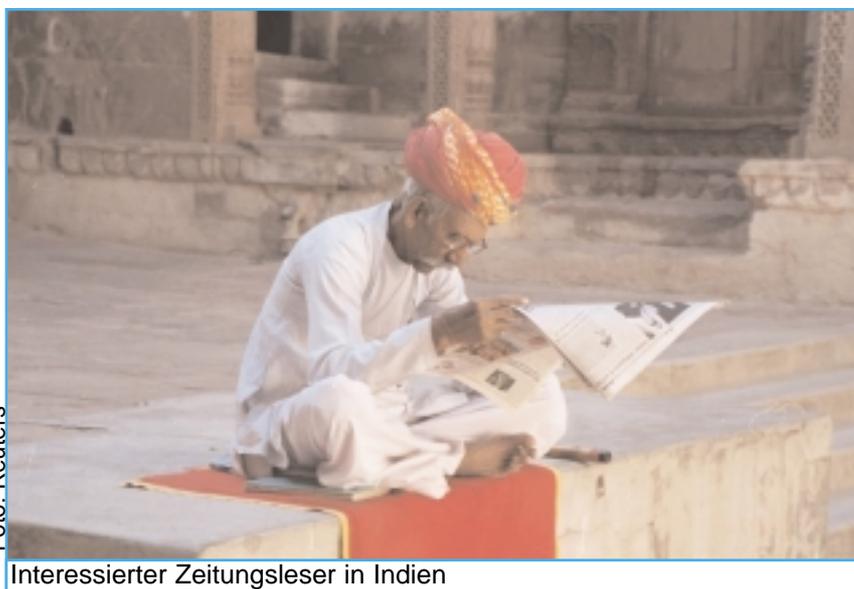


Foto: Reuters

Interessierter Zeitungsleser in Indien

Den größten systematischen Angriff gegen die Pressefreiheit hat in Indien niemand vergessen. Denn als Indira Gandhi, die in den 70er und 80er Jahren fast diktatorisch als Premierministerin Indiens herrschte, durch die Ausrufung des Ausnahmezustand 1975 alle demokratischen Prozesse und damit auch die Pressefreiheit ausschaltete, hielt das Land den Atem an. In voraus eilendem Gehorsam gingen große Teile der Presse aber sogar weiter und beschränkten sich selbst, anstatt den Raub der Pressefreiheit zu bekämpfen. LK Advani, damals wie heute Oppositioneller und Führer der nationalistischen Hindupartei BJP, beschrieb das Verhalten der Presse so: "Zeitungsleute begannen zu kriechen als sie aufgefordert wurden sich zu beugen." "The Indian Express" kämpfte damals als eines der wenigen Blätter gegen die Beschneidung der Pressefreiheit an. Noch heute schreibt sich die Zeitung "Journalismus des Mutes" auf die Federn und gehört zu den Tageszeitungen die auch investigativen Journalismus betreiben. Nach dem Emergency begann die Presse sich rasch in die positive Richtung zu entwickeln - man hatte aus dem Schock gelernt.

Traditionelle Bedrohungen der Pressefreiheit, wie Erpressungen oder Verfolgungen von Journalisten, gehen innerhalb des Landes in der Medienszene unter. Und obwohl der Mainstream der Presse pluralistisch ist und die Journalisten dort unbehelligt ihrem Handwerk nachgehen können, heißt das nicht, dass die Pressefreiheit in Indien vollkommen gewährleistet ist. Der Weltverband der Zeitungen berichtete für das Jahr 2003 von drei getöteten Journalisten.

Besonders im, immer noch nicht 100prozentig friedlichen Kashmir, das für die letzten 50 Jahre ein Krisenherd und Anlass für zwei Kriege zwischen Indien und Pakistan war, kam und kommt es zu Bedrohungen von Journalisten, die manchmal auch tödlich enden. Nach dem letzten Tauwetter mit Pakistan zählt Kashmir aber wieder zu einem der trendy Plätze für Reportagen über den dortigen Neuanfang. Andere gefährliche Gebiete für Journalisten sind die secessionistischen Nordoststaaten und der Bundesstaat Gujarat in dem es im Jahr 2002 zu Unruhen zwischen Hindus und Moslems kam.



Matthias Pázmándy

Besonders die dort regierende Hindupartei BJP, die den Aufruhr anfachte, versuchte nach den Zusammenstößen der Religionsgruppen, Untersuchungen zu verhindern und nötigte Journalisten ihre Tätigkeiten einzustellen.

Ein faszinierendes Phänomen in der indischen Zeitungslandschaft ist die Publikation Tehelka (www.tehelka.com). Der Fall dieser Wochenzeitung spiegelt alle Facetten der indischen Pressefreiheit wieder. Dem eigenen Motto "Frei, Fair, Furchtlos" gerecht werdend, betreibt man dort Aufdeckungsjournalismus pur. Mit Minikameras bewaffnet, begeben sich die Reporter auf die Jagd nach Kinderschändern, korrupten Politikern, Umweltskandalen und Trickbetrügnern. In Interviews, die dann auf Video gebannt werden, bringen die Journalisten oft haarssträubende Geschichten zu Tage, die nicht selten weitreichende politische Folgen haben.

Im März 2001 deckten die Reporter ihren größten Fall auf - ein indisches Watergate - als sie hohe Politiker, darunter den damaligen Verteidigungsminister George Fernandes auf Film bannten, während diese illegale Geldzahlungen für einen Waffendeal der indischen Armee besprachen. Was folgte waren allerdings nicht Untersuchungen gegen die betroffenen Politiker und Rücktritte, sondern Verneinungen, Verleumdungen und eine Hetzkampagne gegen die Zeitung, die kurze Zeit später zusperrten musste. Der Chefredakteur und andere führende Redakteure wurden bedroht und eingesperrt. Ein Aufschrei ging durch die Presseszene und Zivilgesellschaft.

Über lang konnten aber selbst die höchsten Politiker gegen schiere Fakten nicht an. Erst Mitte 2004 wurde der Fall neu aufgerollt und die Echtheit der Videobänder erneut bewiesen.

Zahlen - Daten - Fakten

- Fläche (Weltrang: 7): 3287263 km²
- Einwohner (Weltrang: 2): 1,1 Mrd.; 324 je km²
- Hauptstadt New Delhi (Neu-Delhi)
- Amtssprache: Hindi, Englisch und weiteren 17 Regionalsprachen
- Währung: 1 Indische Rupie (iR) = 100 Paise
- politische Führung
Staatsoberhaupt: A.P.J. Abdul Kalam
Regierungschef: Manmohan Singh
Äußerer: Natwar Singh
- Landesstruktur: 28 States (Bundesstaaten)
07 Union Territories

Verurteilungen fanden bislang nicht statt und Tehelka wurde für die Verluste die durch die vorübergehende Schließung entstanden, nicht entschädigt. Mit einer einzigartigen Kampagne schaffte man es allerdings wieder auf die Füße. Tausende Leser hatten so viel Vertrauen in das Blatt, dass sie einen Sponsorbeitrag von 100.000 Rupien (umgerechnet 1.700 EUR) an die Zeitung zahlten, um dieser einen Neustart zu ermöglichen. In einem Land, das mit großer Armut zu kämpfen hat ein erstaunliches Zeichen für das Interesse der Bevölkerung an gutem Journalismus.

Tenzin Namgyal, freier Journalist und ehemaliger Chefredakteur des größten tibetisch-englischen Nachrichtenmagazins der Tibeter im indischen Exil, Tibetan Bulletin beschreibt die Situation der Presse so: "In Indien vertrauen die Menschen dem gedruckten Wort - zumindest bis jetzt. Aus diesem Grund ist die Presse in Indien sehr wichtig." Für mich ist die reine Masse an Publikationen in Indien ein positives Zeichen für die Pressefreiheit in diesem Land. In Neu-Delhi beispielsweise kann der Leser täglich aus mindestens acht verschiedenen Tageszeitungen wählen, wenn man nur die englischen Zeitungen berücksichtigt. Dazu kommen Zeitungen in Hindi, ein Dutzend Wochenmagazine, eine Hand voll Wirtschaftsmagazine und unzählige Kino-, Sport- und Modemagazine.

Insgesamt werden in Indien heute laut International Press Institute rund 37.000 Zeitungen und Magazine in mehr als 100 verschiedenen Sprachen und Dialekten publiziert. Die Presse entwickelt sich mehr und mehr zum Leser hin, was die Verbindung zwischen diesem und den Medien sicherlich positiv stärkt, wie der eindrucksvolle Fall von Tehelka gezeigt hat. Die Tageszeitungen waren bis vor kurzem mit vielen politischen Abkürzungen und Insiderjargon gespickt, dass es ungeübten Lesern schwer fiel den Geschichten zu folgen. Neben Politik fanden kaum andere Nachrichten Platz. Neben Wirtschaftsnews finden auch mehr und mehr internationale Meldungen in die Zeitungen, sowie Kulturstories und sozial engagierte Berichte. Neben der Pluralität der Publikationen verstärkt sich auch das Spektrum der Meldungen, welches ein Qualitätsmerkmal darstellt. Die indische Leserschaft wächst, quantitativ wie qualitativ - und das ist ein gutes Zeichen für die Zukunft der indischen Presse. ■

Quelle

<http://www.globaljournalist.org>
<http://www.wan-press.org>

Nicht mit Blut, mit Tinte schreiben... 20 Jahre "Reporter ohne Grenzen"

20 Jahre für die Freiheit der Presse. 20 Jahre gegen die Unterdrückung von Meinungen, Medien, Journalisten. - 20 Jahre "Reporter ohne Grenzen"

Mehr als ein Drittel der Weltbevölkerung lebt in Staaten, in denen die Meinungs- und Pressefreiheit nicht oder nur unzureichend geachtet werden. Zwar haben reiche Demokratien meist auch eine liberalere Presse, doch ist die Pressefreiheit nicht westlicher Luxus reicher Staaten, der erst auf den hinteren Rängen politischer Reformen Position finden soll. Als Menschenrecht ist sie Basis jeder demokratischen Entwicklung und jeder pluralistischen Gesellschaft.



Foto: Art-Design
Noch immer oft im Einsatz zur Wahrung der Zensur

Die Staatsräson argumentiert gerne gegen eine allzu liberale Presse. Sei es der Kampf gegen den Terrorismus, gegen sittenwidrige Offenbarungen, gegen Religionsverfehlungen. Vorwände, um gegen den wachen, informierten Geist des Volkes vorzugehen, finden sich oft und gerne. Und die Mittel reichen von Gewalt bis zu Gefängnis und Galgen.

Auf der Startseite der französischen Organisation "Reporters sans frontières", Reporter ohne Grenzen, (www.rsf.org) ist die Meinungsfreiheit weiß: Je mehr Courage die freie Meinungsäußerung in einem Land verlangt, je gefährlicher offene Äußerungen sind, desto dunkler ist das Land auf der Weltkarte der Pressefreiheit eingefärbt. Vor allem Südostasien und der arabisch geprägte Raum strahlen blutrot.

Doch Beobachtung allein ist nicht alles. 1985 in Paris gegründet, wuchs die Organisation in den vergangenen 20 Jahren zu einer aktiven, engagierten NGO heran. Gemäß der Eigendefinition setzen sich die Aktivisten von RSF weltweit für Journalistinnen und Journalisten ein, die von Staaten, von religiösen und politischen Gruppen oder durch Organisiertes Verbrechen verfolgt oder bedroht werden.

RSF veranstaltet Protestaktionen, bezahlt Anwälte. Familienangehörige und Hinterbliebene werden unterstützt. Doch die wichtigste Tätigkeit von Reporter ohne Grenzen entspringt der ureigenen Tätigkeit ihrer Mitglieder: Erregen von Aufmerksamkeit - im jeweiligen Land und weltweit.

3. Mai: Welttag der Pressefreiheit

Aus Anlass des Welttags der Pressefreiheit publizieren Reporter ohne Grenzen jährlich am 3. Mai einen Bericht zum Status der Pressefreiheit in über 150 Ländern der Erde. Und der liest sich oftmals wie ein Totenbuch. Eine Anklage eben, gerichtet gegen alle Regime dieser Erde, die die Rechte ihrer Bürger mit Füßen treten oder mit dem Galgen versuchen zu brechen.

Zwar ist jeder Ermordete im Dienste der Menschenrechte einer zu viel, doch die hohe Zahl der ermordeten Journalisten kann auch anderwärtig interpretiert werden. Medien in armen Ländern sind bisweilen freier und einflussreicher, als man glauben möchte. Gerade weil kritischer Journalismus eine gewachsene politische Bedeutung errungen hat, gerade weil sich Reporter einmischen, werden sie attackiert - und im schlimmsten Fall ermordet. Zwar ist ein Land, in dem Journalisten ihrer Berichterstattung wegen gefährlich leben, keine Wiege der Demokratie, doch eine differenziertere Betrachtung zeigt, dass die Pressefreiheit insgesamt auf dem Vormarsch ist.

Mehr als zehn Jahre nach dem Untergang der Sowjetunion sind zwar auf dem Boden ihrer Kolonien und Satelliten nicht allzu viele blühende Demokratien gewachsen, doch stalinistische Diktaturen mit völliger Medieneinschränkung und Meinungskontrolle wie Nordkorea oder Turkmenistan sind um einiges seltener geworden. Trotz aller Angriffe Wladimir Putins auf die freie Meinungsäußerung seiner Landsleute sind die Russen doch heutzutage zweifellos besser informiert als 1990.



Logo der ROG

Bild: ROG

Wegen ihrer Meinung in Haft

Die Freude über eine positive Entwicklung sollte sich aber nicht wie ein blickdichter Schleier über die tatsächlich triste Lage in einigen Ländern legen. So zeigte das Barometer der Pressefreiheit auf der Website der Organisation am 7. März 2005 sieben ermordete Journalisten seit Jahresbeginn, 101 inhaftierte Berichterstatter und 74 Cyberdissidenten hinter Gittern.



Mag. Alexander Dinhobl

Gefährlich leben Journalisten demnach in Irak und Pakistan - jeweils zwei wurden seit Jahresbeginn dort ermordet. China führt die unschöne Rangliste der Länder an, die mit hohen Zahlen an inhaftierten Medienmitarbeitern glänzen, gefolgt von Kuba und Erithräa: Teilweise seit 1983 (zur Verdeutlichung: seit 22 Jahren!) sitzen 28 chinesische Journalisten wegen ihrer veröffentlichten Meinung hinter Gittern, 21 Kubaner sind seit nunmehr zwei Jahren in Haft. Im März 2003 wurden sie im Rahmen eines Schlages gegen die Dissidenten des "Proyecto Varela" in ein karibisches Gulag verfrachtet. Der ostafrikanische Staat Erithräa folgt mit immerhin noch 14 arretierten Journalisten. Doch auch beliebte Urlaubsländer und solche, die ein wesentlich "gemäßigteres" Image genießen, finden sich auf dem Index. So ist die für Radio Orange arbeitende Österreicherin Sandra Bakutz seit geraumer Zeit in der Türkei inhaftiert, weil sie sich für politische Gefangene engagierte. Auch Tunesiens Staatsapparat reagiert bisweilen mit Gefängnisstrafen auf Kritik am Präsidenten.

Selbst Europa ist nicht frei von Sünde. Österreich wird wegen der starken Politisierung des Rundfunks und der Konzentration der Medien kritisiert. Italien ist noch ein wenig dunkler: Der politische Wind, den der Regierungschef mittels seines Medienimperiums und durch politische Einflussnahme in Verwaltungs- und Gerichtsverfahren seinen Gegnern ins Gesicht blasen lässt, ist mit schrankenloser Pressefreiheit nicht vereinbar.

Doch RSF zählt nicht nur Leichen: Auch die vorbildliche Courage einzelner Journalisten im Kampf gegen brutale Regime verdient weltweite Anerkennung. Jährlich am 10. Dezember, dem von den UN ausgerufenen Tag der Menschenrechte, wird der RSF-Menschenrechtspreis vergeben. Der Preis soll Journalisten auszeichnen, die in ihrem Heimatland Entscheidendes zur Weiterentwicklung der Pressefreiheit unternommen haben. Doch mit Beweihräucherung allein ist es nicht getan; der Preis erregt auch Aufmerksamkeit. Gegnern der Pressefreiheit wird damit signalisiert, dass man um die Tätigkeit eines politischen Journalisten auch anderswo weiß. Die Arbeit des Preisträgers wird damit nicht nur anerkannt, das "Verschwinden-Lassen" unbequemer Federn wird durch erhöhte internationale Aufmerksamkeit erschwert.

RSF unterhält Kontaktbüros auf allen Kontinenten, etwa Abidjan, Buenos Aires und Bangkok.

Daneben recherchieren über 100 Korrespondenten weltweit und mehrere nationale Sektionen für die Organisation. Seit 1998 hat Reporter ohne Grenzen auch eine österreichische Teilorganisation.

Diese engagiert sich vor allem für die Förderung der Meinungsvielfalt in Ost- und Südosteuropa. Damit auch auf dem europäischen Kontinent Menschenrechte nicht nur eine hohle Phrase der Politik bleiben.

Reporter ohne Grenzen im Internet

Österreich: <http://www.rog.at>
 Deutschl.: <http://www.reporter-ohne-grenzen.de>
 International: <http://www.rsf.org>

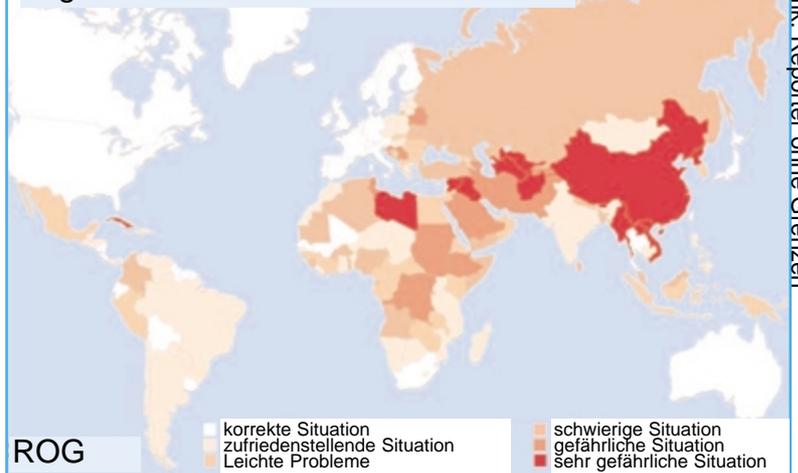
3. Mai 2005: Welttag der Pressefreiheit

Wie wird der Welttag der Pressefreiheit begangen? Zunächst bedarf es einer Planung. Welttage werden im üblichen schon 10 Jahre zuvor geplant, damit die Mitgliedstaaten genug Zeit haben diese in ihre nationalen Programme umzusetzen. Und Geplant wird dies in den verschiedensten und zahlreichen Tagungen und Konferenzen unter Mitbeteiligung aller Mitgliedstaaten. Am Ende wird dann darüber ein Bericht erstellt. Der Welttag wird vom Generalsekretär der Vereinten Nationen Herrn Kofi Annan vorgeschlagen, durch die Generalversammlung bestätigt, und der endgültige Bericht über den Erfolg dieses Ereignisses absegnen.



Milan Bochynek

Lage der Pressefreiheit im Jahr 2003



Grafik: Reporter ohne Grenzen

Seit 46 Jahren eine Meinung - Die Pressefreiheit auf der Zuckerinsel

"Reporter ohne Grenzen" beobachten Kuba seit Jahren kritisch und haben Kuba im Jahr 2004 auch auf den vorletzten Listenplatz gesetzt. Im Frühjahr 2004 sind 26 unabhängige Journalisten verhaftet und zu Gefängnisstrafen zwischen 14 und 27 Jahren verurteilt worden.

Ihnen wurde vorgeworfen, im Ausland Artikel veröffentlicht zu haben, die "imperialistische Interessen" bedienen. Kuba ist - wie RoG konstatiert - "derzeit das größte Gefängnis für Journalisten weltweit". Fast jeder der kritischen Reporter ist schon einmal aus dem einen oder anderen Grund inhaftiert worden und/oder muss mit Kontrolle und Überwachung leben.

In Kuba gibt es verschiedene Tageszeitungen, alle sind der strengen Zensur der Regierung unterworfen. Die kommunistische Tageszeitung "Granma. Organo Oficial del Partido Comunista de Cuba" von der es auch eine Wochenausgabe gibt "Granma Internacional" (auch in Englisch und Deutsch). Weitere wichtige sind: die "Nueva Prensa Cubana", "Trabajadores" und "Juventud Rebelde". Es gibt auch unabhängige Institutionen und Organisationen (z.B. "Agencia de Prensa Independiente Isla de Pinos", "Cuba Verdad", "Habana Press" Agentur) die die Pressefreiheit fördern und unabhängige Journalisten unterstützen, diese sind ständig Ziel von Angriffen und Verhaftungswellen.



Fidel Castro mit Fahne

Die Medien in Kuba dienen der Bildung und Propaganda. Weder im Fernsehen, im Radio oder in der Zeitung gibt es Werbung für Produkte. Nur Kulturveranstaltungen werden beworben, außerdem Sprachen gelehrt, und es gibt Bildungsprogramme für Kinder aller Altersstufen.

Eine Ausnahme sind die "Telenovelas" (Seifenoper) - wenn sie laufen, hängt halb Kuba vor den alten sowjetischen Bildschirmen.

Eine spezielle Situation in Kubas Radio und Fernsehwelt nimmt das Radio und Fernsehen "Tele Martí" (bzw. "Tele Gusano") ein. Es wird illegal von den USA nach Kuba gesandt. Es sollte zu einer inneren Transformation Kubas zum Kapitalismus verhelfen. Von den US-Amerikanern und Exilkubanern (C.A.N.F. "Cuban- American

National Foundation") wird es als Gegenstück zu den manipulierten Medien im Staat Kuba gesehen. In Wirklichkeit beschleudern sie die Kubaner mit der übelsten Anti-Castro-Propaganda. 1994 verhinderten die USA den Zugang für Kuba zum Internet, 1996 erlaubten sie es nur via Satellit, was kostspieliger und zeitintensiver ist. Von offizieller kubanischer Stelle wird die Schuld der schlechten Infrastruktur und des beschränkten Zuganges auf die USA geschoben, die ihnen keine bessere Verbindung mit Glasfaserkabel erlauben. Andererseits wurde praktisch ein Gesetz nach dem anderen erlassen, die eine breite Nutzung des Internets unmöglich machen, u.a. sind die Provider und Computer extrem teuer und müssen natürlich in Dollar bezahlt werden, für "Durchschnitts-kubaner" unerreichbar.

Die kubanischen Medien sind Propagandamittel, sie nutzen die Monopolstellung aus und verunmöglichen jede oppositionelle Darstellung der Realität. Die Kommunikationspolitik dient dem Staat, seinen Idealen, wirtschaftlichen sowie politischen Interessen. Neben den Einschränkungen der Pressefreiheit bedeutet dies auch einen Entwicklungsstopp der Informationsgesellschaft, obwohl die Voraussetzungen sehr gut wären. Die Bevölkerung ist gebildet, Strom und Telekommunikationsleitungen sind vorhanden, zwar nicht überall ausreichend für die enormen Datenflüsse des Internets, aber ausbaufähig. Kuba selbst aber auch das US-Amerikanische Embargo verhindern einen Schritt in die Normalität und einen Fortschritt in Entwicklung.

Doch blickt man hinter die Fassaden der Häuser - dort wo die Wände keine Ohren haben - surft man mit illegalen Internetanschlüssen, schaut verbotene Fernsehsender und vernimmt unerlaubte Radiosendungen. Natürlich nur die es sich finanziell leisten die möglichen Kontrolleure zu bestechen. Das ist auch die Realität auf der karibischen Insel. ■



Christina M. Kabas

Links

Die kubanische Tageszeitung

<http://www.granma.cu>

Annual Report Kuba 2004

http://www.rsf.fr/article.php3?id_article=10002

Unabhängige Presseagentur

<http://www.nuevaprensa.org>

What / Who in the World is Diego Garcia?



Irene B. Stöckl, MA

"Diego Garcia: Spanish Songwriter or one important piece in the national strategy of the US?"

If you have never heard of Diego Garcia or have thought that Diego Garcia was a Spanish Songwriter, don't worry. Probably, hardly anybody has ever heard of this small island in the middle of the Indian Ocean. But why should Diego Garcia be so important to us? When searching on the internet several websites can be found and surprisingly enough, they are dealing with mainly one issue regarding Diego Garcia. Being part of the Chagos Archipelago Diego Garcia lies around 5000 km south of Iraq and is quite as close to Afghanistan. Therefore, the island is ideally located and has become one of the most valuable places for US military strategy in the world.

Fundamentally, Diego Garcia is of British territory - a BIOT (British Indian Ocean Territory) to be precise. The native population of 2000 inhabitants was moved from the island to the neighbouring Mauritius and Seychelles at the beginning of the 1970s to make space for a military basis. Today, the British government has leased the island to the US government. Diego Garcia has proved to play a vital role during the Gulf War in 1991 when it served as a naval air refueling station and a base for B-52 bombers. For the War on Afghanistan, beginning in October 2001, the United States again used the island to launch their bomber attacks with B-1s and B-52s. Still, the island of Diego Garcia is not only important in the national strategy of the United States and its allies but it is also important since suspects of terrorist attacks are being held and interrogated on the island. One very famous is Hambali, responsible for the terrorist attacks in Bali in 2002.

When planning to make a trip to the island during a vacation in the region, several important aspects have to be kept in mind. First, travellers have to stick to the strict BIOT regulations in order

to make sure that the ecology of the island is preserved. Upon arrival on the island visitors become subject to customs and immigration controls. The import of drugs, weapons

of all kinds and pornographic publications are prohibited. Additionally, visitors should keep in mind that they

are not guests to an ordinary tourist island. As a consequence regulations point out that no type of attire with obscene comments may be worn or brought to the island. This includes of course anti-war slogans but also issues of sexual nature. Those that are fans of the Hippie-culture and decide to bring magazines with them, be aware, they are not allowed. Should travellers decide to bring video tapes British customs will screen them. They will be returned within 10 days, unless they contain any prohibited material. In this case they will be burned. As long as you follow all the regulations you can enjoy your life freely on the island and express your opinion freely as well. What is more important is that the island is beautiful in its scenery and fauna on the island. In this sense the British authorities wish the visitor a pleasant stay.

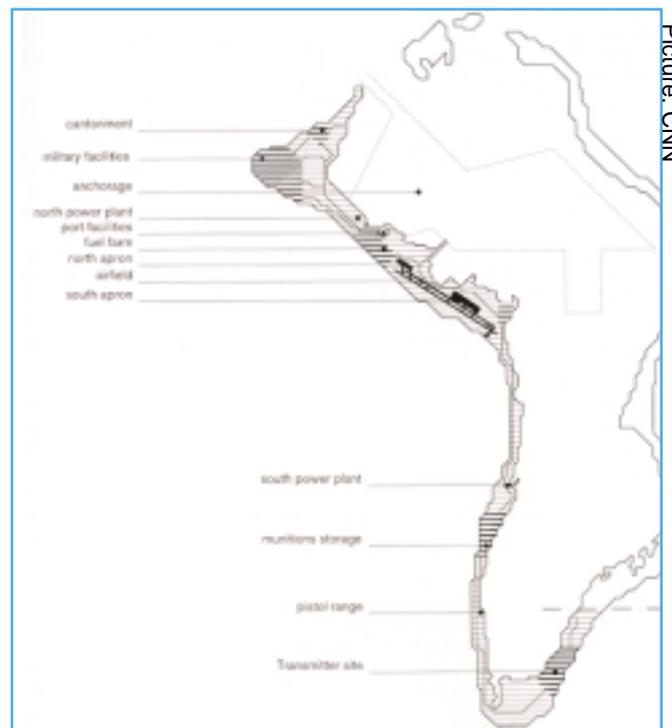
Still, you should not forget that Diego Garcia is certainly not the vacation island you have hoped for. It is foremost an island, that it is of immense significance for the national defense strategy of the United States and its allies in their fight against terrorism - a small and hardly known but so important island. Diego Garcia. ■



Picture: Gazette



Picture: NCTSDY



Picture: CNN

Regulations of the Internet - "Media Freedom Internet Cookbook"

The rise of the internet as one of the most important means of communication has also brought up new questions and problems in the debate about freedom of expression. The question how governments can and should, if at all, act to regulate internet content was thoroughly discussed in an OSCE Conference in Amsterdam in 2004, leading to the creation of a "Media Freedom Internet Cookbook".

It is common belief that the global character of the internet provides permanent protection against all attempts of state control or censorship. Dealing with "bad content" on the internet is not only much more complicated than in other medias, but also bears more risks. Many apparently appropriate methods to fight "bad content" permanently restrict and damage the freedom of the internet.

The Liability Dilemma

There have been attempts to adopt the so called "newspaper rule" to determine liability for internet content. The "newspaper rule" was originally developed for internationally read newspapers, whose content might be perfectly legal in the country they are originally published in, but illegal in other countries in which they are also frequently read. The rule limits liability of publishers to those countries in which they had reason to know their newspapers would be read. In the case of an internationally read newspaper, it is quite easy to assess what "they had reason to know", since there are usually extensive distribution networks abroad. Applying this rule to internet publishing leads to serious problems. Since the internet itself is a sufficient "distribution network" to make content accessible all over the world, the publisher "had reason to know" that the content published would be read everywhere, including countries with laws strictly curtailing freedom of expression.

With the "newspaper rule", online publishers are forced to know the laws of virtually every state on the world and take these into consideration when deciding whether to publish content online. Even in countries granting freedom of expression and media freedom the legal framework varies, like the strict defamation laws in Australia or the definition of "hate speech", which is illegal to a very different extent in various countries.

The Filtering Dilemma



Picture: MCC

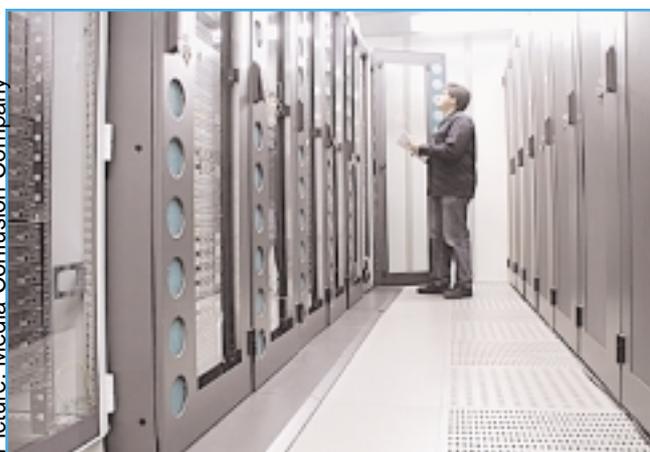
Home PC

The notorious amount of "bad content" on the internet has given birth to a fast-growing industry producing filtering software to protect internet users, usually children, from unwelcome internet content (the two main groups are definitely pornography and so called "hate speech"). With the

spread of filtering software a private actor, the software developing companies, determines which content can be received by a sizeable portion of internet users, without any state or consumer control. Similar problems also arise with search engines, which as well do not influence freedom of the media in the classical way, by stopping the publication of certain informations, but heavily influence to which extent this information will be received. It is therefore a new form of restriction of media freedom, not affecting the ability of individuals to publish content, but the ability to receive individual content. Shifting censorship from the publisher to the individual audience creates a new situation and an urgent need for transparency.

The Trans-Network Dilemma

Another difficult issue that will have to be faced in the near future is the internet potential to bypass traditional regulations in mass media sectors. The development of the broadband Internet, and the rise of a wide set of complementary technologies - such as e-books or printing on demand - will turn digital networks into a unified support for the diffusion and use of information whatever their nature (voice, image, text, data) and content. This will inevitably challenge former regulations that were applied to telecommunications, broadcasting TV and radio programs, the press and publishing, and render the need for new approaches to internet regulation even more urgent. ■



Picture: Media Confusion Company

Large Internetserver in Germany



Bettina T. Kölbl

Angeführt von Frauenministerin Maria Rauch-Kallat nahm heuer eine interministerielle Delegation Österreichs (BMGF, BMAA, BMWA, BMSG) an der 49. Sitzung der UN-Frauenstatuskommission im UN-Headquartier in New York teil.

Aus Anlass des 10. Jahrestages der Weltfrauenkonferenz in Peking (1995) war im besonderen die erste

Woche der 14 Tägigen Sitzung der Kommission hochrangig besetzt und so konnten 1.800 Delegierte von Regierungen aus, davon 93 Delegationen im Ministerrang begrüßt werden.

Rauch-Kallat in der UN-Generalversammlung

Nach der feierlichen Eröffnung am 28. Februar durch UN-Generalsekretär Kofi Anan, sprach auch BM Rauch-Kallat am Dienstag, 1. März vor dem Plenum der Frauenstatuskommission (FSK) in der Generalsversammlungshalle der Vereinten Nationen. Die Frauenministerin betonte in ihrer Rede die Schwerpunkte, die sie im Rahmen der Österreichischen EU-Präsidentschaft in den Bereichen Frauenrechte und Frauengesundheit setzen wird. Sie kündigte auch die Ausarbeitung einer Erklärung zum Thema Gewalt gegen Frauen an und strich besonders hervor, dass sie hierbei im Speziellen auf traditionelle Praktiken -



Rauch-Kallat vor Plenum

harmful traditional practices - wie Zwangsheirat, Ehrenverbrechen und Genitalverstümmelung eingehen wird, sowie auch auf Steinigung und Frauenhandel.

Schließlich seien in Österreich auch immer wieder junge Migrantinnen von Zwangsheirat und Ehrenverbrechen betroffen.

Gewalt gegen Frauen

Ministerin Rauch-Kallat nahm die Problematik Gewalt gegen Frauen auch zum Anlass und lud am Donnerstag, 3. März zu einem Side Event zum Thema "Protection - Provision - Prevention. Austrian and European Models of Preventing Violence against Women and Children in the Family."

6.000 Delegierte aus 165 UN-Member States

Unter den 6.000 Delegierten, die sich für die UN-FSK registriert haben, waren 2.600 NGO-



Die österreichische Delegation

Vertreterinnen und Vertreter. Aus Österreich reisten sieben NGO-Vertreterinnen an. Die Österreichische interministerielle Delegation lud die NGO-Vertreterinnen auch drei Mal während der 2-wöchigen Sitzung der Kommission zum Gedanken- und Informationsaustausch in die Ständige Vertretung Österreichs bei den Vereinten Nationen.

Resolutionen

Nachdem am Freitag der ersten Verhandlungswoche eine politische Deklaration verabschiedet werden konnte, der sich alle UN-Mitgliedstaaten "by consensus" anschlossen, wurden in der zweiten Woche noch weitere zehn Resolutionen verhandelt.

EU und UNO

Österreichs Teilnahme an der 49. Sitzung der UN-Frauenstatuskommission war nicht nur im Hinblick auf die vielen nützlichen bilateralen Kontakte ein Erfolg, sondern auch für die substantielle Vorbereitung der Österreichischen EU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2006 und der von Österreich in Aussicht genommenen Initiativen; außerdem wird Österreich bei der 50. Sitzung der UN-Commission on the Status of Women den Vorsitz in den EU-Koordinationsmeetings übernehmen und die Position der EU bei den Resolutionsverhandlungen einnehmen. ■



Weiterführende Information

<http://www.un.org/womenwatch/daw/csw/>

<http://www.bmgf.gv.at/>

<http://www.eu2005.lu>

<http://www.oneworld.at/wide>

<http://www.interventionsstelle-wien.at/>

Probleme in der EU-Berichterstattung

"Der Europaabgeordnete ist das unbekannte Wesen in Österreich." (Zitat Erhard Busek) Feststellungen dieser Art prägten das mehrtätige Symposium "Europa und Österreich aus der Sicht von Akteuren" in Innsbruck.

Die Frage warum für die Europäische Union trotz ihres offensichtlichen Einflusses wenig (mediales) Interesse vorhanden ist, stand im Mittelpunkt der Podiumsdiskussion "Europa und Österreich aus der Sicht der Medien". "Je näher etwas den Menschen ist, desto mehr interessiert es sie", erklärt Roland Adrowitzer, EU-Korrespondent des ORF, und: "Die populärsten Nachrichten sind Regionalnachrichten." Es ist also schon fast ein Mediengesetz, dass es schwierig ist, über die EU zu berichten. Gemessen am Einfluss der EU, so Adrowitzer, "müsste aber der größte Teil der ZIB aus EU-Themen bestehen."

Dies ist die Ausgangslage für EU-Korrespondenten in Österreich. Bei der Sonderveranstaltung des "Forum Alpbach" im Februar 2005 berichteten sechs Journalistinnen und Journalisten von ihren Erfahrungen: Roland Adrowitzer (ORF), Margaretha Kopeinig (Kurier), Eva Linsinger (Der Standard), Manfred Peterer (Salzburger Nachrichten) und Andreas Unterberger (Die Presse). Ein weiteres Kommunikationsproblem bei EU-Themen stellt die EU-Sprache dar: "Begriffe wie ‚Basel II‘ kennt niemand. Sie sind zu abgehoben, zu distanziert", so Adrowitzer. So sei es mitunter auch für ihn schwer, seine Kollegen in Wien zu überzeugen, dass über ein bestimmtes EU-Thema unbedingt berichtet werden müsse.



Diskussion am Forum Alpbach

Diese Erfahrungen bestätigt auch Margaretha Kopeinig vom Kurier, die betonte, dass heute fast alle politischen Meldungen EU-Bezug haben, aber nicht immer angemessen berichtet wird: "Es ist manchmal unerträglich, wenn etwa Kollegen über Asylpolitik schreiben, aber die EU nicht erwähnen." Ein weiteres Problem sei auch, dass österreichische Politiker bei neuen Gesetzen selten erwähnen, dass diese ihren Ursprung in Brüssel haben. Für die Medien sei es dann schwer, das zu recherchieren und zu kommunizieren.

"Vieles, das in Brüssel beschlossen wird, geschieht mit einer Zeitverschiebung", erklärt Eva Linsinger (Der Standard): "Richtlinien, die heute in Brüssel beschlossen werden, müssen erst in drei Jahren in österreichisches Recht umgesetzt werden." Diese Umstände machen es für österreichische Medien schwierig, einen Zeitpunkt zu finden an dem eine solche Nachrichten aktuell ist.

Ein weiteres Problem mit dem EU-Korrespondenten immer wieder konfrontiert sind besteht im Unwillen österreichischer Politiker, Informationen zu EU-Entscheidungen zu geben, so Eva Linsinger.

Roland Adrowitzer erwähnt auch die immer wieder auftretende "Amnesie" der österreichischen Politiker: "Wenn sie aus dem Flugzeug aus Brüssel steigen, erinnern sie sich plötzlich nicht mehr wo sie mitgestimmt haben." Margaretha Kopeinig (Kurier) fügt hinzu: "Man hat oft das Gefühl, dass die österreichischen Politiker auf einer anderen Veranstaltung waren." Österreich befindet sich traditionell unter den drei alten Mitgliedsstaaten mit der den EU-skeptischsten EinwohnerInnen: nur in Schweden und Großbritannien hat die EU einen ähnlich schlechte Position in der öffentlichen Meinung. Nur 46 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher halten die EU für eine "gute Sache". Dies erklärt Eva Linsinger (Der Standard) damit, dass die Stimmung "in den Ländern generell schlecht ist, wo der Medienmarkt vom Boulevard geprägt ist."

Die Lage für EU-Themen in Österreich scheint aber, zumindest was die Medienkonsumenten betrifft, weniger trist zu sein als es im Rahmen der Podiumsdiskussion den Eindruck machte: immerhin wollen 35 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher mehr EU-Berichterstattung in den Medien sehen. (Eurobarometer-Umfrage im Herbst 2004)

Links

Forum Alpbach

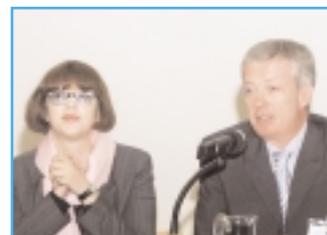
<http://www.alpbach.org>

halbjährliche Meinungsumfragen der EU

http://europa.eu.int/comm/public_opinion



Astrid Entlesberger



Margaretha Kopeinig und Roland Adrowitzer

Foto: EV/Foto

Foto: EV/Foto



Günther Sablattnig

Das Krisenmanagement der österreichischen Bundesregierung und die Lehren aus der Flutkatastrophe in Südost-Asien

Die Flutkatastrophe in Südost-Asien riss im Dezember 2004 hunderttausende Menschen in den Tod und viele starben an den Folgen der Katastrophe, wie Seuchen, die fehlende medizinische Versorgung sowie die fehlende Versorgung mit sauberem Trinkwasser.

Die Flutkatastrophe hat auch gezeigt, dass trotz internationaler Zusammenarbeit und Bemühungen, sowohl der direkt betroffenen Staaten als auch der großen Industrieländer, es massive Probleme bei den Sofortmaßnahmen gab.

Auch die österreichischen Behörden waren mit dieser Katastrophe anfangs überfordert und setzten teilweise falsche Maßnahmen zur Krisenbewältigung. So war das Außenministerium mit heftiger Kritik an der Betreuung der österreichischen Flutopfer und an dessen Informationspolitik konfrontiert. Auch Außenministerin Plassnik räumte ein, dass es in ihrem Ministerium bei der Krisenbewältigung Pannen gab.

Bereits kurz nach der Flutkatastrophe wurde im Außenministerium ein Krisenstab eingerichtet, der zur Lokalisierung und Kontaktierung der Flutopfer diente. Dabei wurde von Seiten der Angehörigen der Betroffenen sowie von Reiseveranstaltern immer wieder die Kritik laut, dass es sehr spärliche Informationen über Betroffene in den Krisengebieten gab. Dies hatte unter anderem damit zu tun, dass Österreich in vielen der betroffenen Regionen keine oder zu diesem Zeitpunkt völlig überforderte Vertretungen hatte und auch die Vertretungen der anderen europäischen Länder mit dieser Naturkatastrophe schlicht überfordert waren.

Durch die verstärkte Reisefreudigkeit der Österreicher muss zunehmend damit gerechnet werden, dass Menschen in den verschiedensten Regionen dieser Erde in Krisensituationen geraten - sei es bei Naturkatastrophen, bei kriegs-

ischen Konflikten oder terroristischen Attentaten. Daher müssen sich auch die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland gemeinsam mit dem Außenministerium Strategien überlegen, wie man in unvorhersehbaren Krisensituationen rasch, unbürokratisch und effektiv Hilfe bereitstellen kann. Vorrangig muss diese Hilfe den jeweils Betroffenen in den Krisenregionen gelten, es muss aber auch die Versorgung der Angehörigen mit Informationen über die Betroffenen sichergestellt werden. Diese Aufgabe wurde vom Außenministerium erkannt und man erstellte ein Maßnahmenpaket, um zukünftige Katastrophen besser managen zu können.

So wurde vom Außenministerium beschlossen, zusätzlich zu den bereits bestehenden Bereitschaftsdiensten konsularische Hilfsteams für Not- und Krisenfälle im Ausland bereitzustellen. Weiters verfügt das neue Amtsgebäude des BMA über zusätzliche sofort aktivierbare Hotline-Anschlüsse, an denen zukünftig "so weit als möglich" konsularisch geschulte und erfahrene Beamte des Außenministeriums ihren Dienst verrichten werden.

Zu diesen technischen Neuerungen kommt auch die Planung eines neuen flexibel adaptierbaren elektronischen Datenbanksystems, das in Krisensituationen österreichische und internationale Daten verarbeiten und verknüpfen soll. Außerdem sollen regelmäßig Krisensimulationen in Zusammenarbeit mit dem Innen- und Verteidigungsministerium sowie anderer Stellen im In- und Ausland geübt werden und auch auf europäischer Ebene soll die Zusammenarbeit, vor allem in Rahmen des neu zu schaffenden Europäischen Auswärtigen Dienstes, verbessert werden.

Nun bleibt abzuwarten, wie rasch und umfangreich diese angekündigten Maßnahmen auch umgesetzt werden und ob es bei zukünftigen Katastrophen raschere, kompetentere und vor allem unbürokratischere Hilfe für die betroffenen Bürger geben wird.

Des Weiteren muss auch die Rolle der EU und des zukünftigen Europäischen Auswärtigen Dienstes in die österreichischen Bemühungen einbezogen werden, denn nur gemeinsam wird Europa zukünftig flexibel auf Krisen reagieren können. ■



Nach dem Tsunami. Tote, Verletzte und Verwüstungen.

Bilder: Spiegel

Stationen eines Praktikanten Vienna International Centre, Paris und New York

"Komm' mach mit; das wär' auch ganz sicher was für dich; Und du hättest auch etwas für deinen Lebenslauf". Das waren die Worte von Hannes L. als wir uns Ende April 2003 über das United Nations Student Forum am Telefon unterhielten.

Ich hatte mich gerade um einen Erasmus Platz in Frankreich beworben und Hannes L. war erstens der Assistent des Erasmus-Koordinators, der wiederum auch dieses Forum an meinem Institut betreute, und zweitens aktives AFA Mitglied. Da er bereits seinen Studienabschnitt in Händen hielt und somit von der Teilnahme am Forum ausgenommen war, versuchte er mich, als seinen AFA-Kollegen zur Teilnahme zu bewegen. Nicht zuletzt wegen der Überredungskraft vom anderen Ende der Leitung bestätigte ich meine Teilnahme. Für mich war dies der erste Schritt in die entscheidende Richtung. Es war ein Anfang. Hannes ist heute übrigens Student an der ENA (Ecole National d'Administration) und mich hat es ins "Amt" verschlagen. Derzeitige Tätigkeit: Stagiaire beim Forum Culturel Autrichien de Paris.

Das United Nations Student Forum 2003

Begonnen hat also alles mit meiner Teilnahme an besagtem Forum. Dieses findet jedes Jahr statt und dauert eine Woche.

Ziel dieser Woche ist es, aktuell-politische Entwicklungen durch Teilnahme an Briefings, Diskussionen, Vorträgen und durch Erarbeitung einer Schlusspräsentation zu erfassen, festzuhalten bzw. sich einfach den Kopf darüber zu zerbrechen. Jede teilnehmende Nation besuchte im Zuge dieses Forums seine Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in Wien. Ich stattete daher der Ständigen Vertretung Österreichs bei den Vereinten Nationen (Wien) UNIDO, IAEA, CTBTO (PrepCom) mit Sitz im Andromeda Tower einen Besuch ab. Botschafter Stelzer - mein späterer Chef, wenn man so will - hielt einen interessanten Vortrag über die österreichische UN-Arbeit in Wien. Kurz vor Verlassen der Vertretung-, setzte ich das so oft verwendete Sprichwort "Fragen kostet nichts" in die Tat um und bat um die Visitenkarte des 1. Botschaftssekretärs.

So kam der Stein ins Rollen. Schlussendlich dauerte es mehr als 6 Monate, bis ich das ersehnte Email mit der Bitte zum Vorstellungsgespräch im Posteingang entdeckte. Anfang Februar wurde ich vorstellig, am 1. September 2004 trat ich nun meinen Dienst als Praktikant bei der ÖV Wien (Österreichische Vertretung, wie sie von den Mitarbeitern oftmals genannt wird) an.



Sven Pusswald



Vienna International Centre/VIC

Die Umstellung von Student auf Arbeitnehmer war zugegebenermaßen keine einfache. Doch ich hatte Glück, denn die Belegschaft nahm mich ziemlich schnell als fixen Bestandteil der ÖV Wien auf. Ferner wurde ich unerwartet schnell mit selbständiger Arbeit betraut, zu welcher unter anderem die Koordination und Logistik der 25-Jahre-Vienna International Centre gehörte. Andere Schwerpunkte in meiner Zeit als Praktikant waren beispielsweise der Board of Governors der Internationalen Atomenergiebehörde und - das Programm and Budget Committee der UNIDO. Zu den mit Abstand sicherlich spannendsten "policy making"-Erfahrungen zählte die Wahl eines neuen Exekutivsekretärs in der Preparatory Commission der CTBTO. Die Gestaltung der eigenen Homepage der ÖV war ebenfalls ein Aufgabenbereich von mir. Angesichts der Fülle meiner Aufgaben kam es also summa summarum doch hin und wieder vor (nicht sehr oft, aber immerhin) dass ich bis 19/20 Uhr abends im Büro saß. Aber es machte mir Spaß zu erleben, wie Prozesse tatsächlich ablaufen, und zu erfahren, dass sich diese doch sehr von den Lehrbüchern unterscheiden - es dauert nämlich alles viel, viel länger als manch einer glauben möchte. Jedenfalls war dieser Abschnitt eine tolle Erfahrung.

À Paris

In Paris angenommen zu werden hatte sehr viel mit Glück, einer guten Bewerbung und sicherlich auch einem Empfehlungsschreiben aus Wien zu tun. Ich wechselte also nahtlos von Wien nach Paris. Meine Arbeit hier ist zweifelsohne eine ganz andere als in Wien. An zwei Tagen in der Woche arbeite ich in der hauseigenen Bibliothek (27.000 Werke), die regen Anklang bei französischen Studenten, die eine Thèse oder ein Exposé vorbereiten, zu finden scheint. An den restlichen drei Tagen der Woche bin ich direkt im Kulturforum eingesetzt. Der Aufgabenbereich dieser Institution reicht von der Abwicklung großer Projekte wie der österreichischen Filmwoche in Paris und Reims, über das Organisieren von Ausstellungen, Konzerten, Aufführen, Lesungen namhafter oder auch weniger bekannter österreichischer Autoren und Schriftsteller bis hin zu kleineren alltäglichen Aufgaben wie die Beantwortung von Anfragen französischer Institutionen oder Privatpersonen zu den unterschiedlichsten Themenbereichen mit Österreich-Bezug. "Kulturpolitik hautnah erfahren", wie es gerne nenne. Mein Praktikum hier dauert 3 Monate.

New York, der Big Apple

Dieses Internship (beim österreichischen Generalkonsulat) wird mein 10 monatiges

"Ausbildungsjahr" im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten abrunden und mich finanziell an den Rand des Möglichen bringen.

FACTS TO KNOW

Finanzielle Komponente: Praktikum = Volontariat! Mit Ausnahme der Verwaltungspraktika in der Wiener Zentrale sind Praktika im auswärtigen Amt unentgeltlich. Es gibt also weder Zuschüsse zu Reise- Wohn- Versicherungs- oder Lebenshaltungskosten, die in Städten wie Paris oder New York jedoch gewaltig hoch sein können. Eine Finanzierung mittels Stipendium ist nur marginal möglich, da "größere" Geldgeber wie das "Leonardo Da Vinci-Programm" im Gegensatz zu Praktika bei privatwirtschaftlichen Unternehmen jene im Amt (auch wenn diese im Ausland absolviert werden) nicht fördert. Ich hatte insofern Glück, als ich durch Freunde an eine billige Untermietswohnung in Paris gekommen bin. Mehr als einen einfachen Raum mit Bett und Tisch ohne Fernseher, Küche usw. darf man sich aber in diesem Fall nicht erwarten. In New York selbst findet man unter 800 Dollar kaum eine Bleibe (will man nicht in Queens oder New Jersey untergebracht sein; nur zur Anmerkung: Brooklyn kostet mitunter schon das selbe wie Manhattan).

Soziale Komponente: Ein weiterer negativer Aspekt neben der finanziellen Belastung ist die soziale Komponente. Gerade in Büros, in denen man der einzige Praktikant ist, und auch sonst keine größere Belegschaft vorhanden ist, fällt einem der Anschluss schwer. Leider ist es nicht so wie bei Erasmusaufenthalten, wo man ungeheuer schnell in eine neue "Community" gerät, sondern man muss sich neue Kontakte mühsam aufbauen. Als Tipp kann ich die Außenhandelsstelle nennen. Diese hat meistens Praktikanten, die ebenfalls Anschluss suchen... An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an meine Freundin Barbara, die mich an den langen, einsamen und faden Pariser Sonntagen zum X-ten Mal zu sich zum Crêpe bzw. wie wir Österreicher es nennen Palatschinken Essen einlädt. Merci.

Diverses: Praktika sind meist ab drei Monaten möglich; entsprechende Sprachkenntnisse des Gastlandes sind erforderlich. Es ist aus meiner Sicht nicht empfehlenswert, sich für die Sommerzeit um ein entsprechendes Praktikum zu bewerben, da es in dieser Zeitspanne einerseits einfach weniger zu tun gibt und andererseits viele Institutionen geschlossen haben. Eine rechtzeitige Bewerbung ist ebenfalls von Vorteil, weil es durch die Sicherheitsüberprüfung von Seiten des BMAA zu längeren Wartezeiten kommen kann. Ferner muss man für Wohnungssuche bzw. allgemeine administrative Erledigungen (z.B. Krankenversicherung) gewisse Zeit einplanen. ■

Georgiy Gongadze Portrait of a Victim in the Fight for Press Freedom

Georgiy Gongadze was found dead on the 2nd November 2000. His body was decapitated. It is still unclear who Grigori Gongadze's murderer was. However, it is clear why Gongadze had to die: he is the most recent victim in the fight for press freedom in Europe.

Gongadze was a Georgian-Ukrainian journalist and founder and publisher of the internet newspaper *Ukrainska Prawda* ("Ukrainian Truth"). He had been a thorn in the side of the Georgian regime, and later he became one of the most heard critics of the former Ukrainian president Leonid Kuchma. Gongadze's newspaper had acquired a reputation of being critical of the Ukrainian government, with reports of alleged corruption among senior officials. Gongadze had also expressed similar views in radio programmes on the independent Radio Kontinent.

After the news of the assassination became official, there was a public outcry: the case became a national scandal and a focus for protests against the government of Leonid Kuchma. The discovery prompted mass street protests and seriously undermined the reputation of Mr Kuchma. Intelligence service material was published, which accused the President, Leonid Kuchma. An audio tape was released, which claimed to be a recording of Kuchma and other top officials discussing Gongadze. A voice allegedly belonging to Kuchma says: "There's this one Gongadze (...) He needs to be pushed back." The first time Gongadze annoyed Kuchma was in 1999, during the presidential elections, when Gongadze worked had a show on Radio Kontinent called "First round of Georgiy Gongadze". His strongly independent line soon attracted hostility from the increasingly authoritarian government of Leonid Kuchma. His commentaries prompted a call from Kuchma's headquarters to say "that he had been blacklisted to be dealt with after the election."

For a long time, there no attempts were made by the Ukrainian government to investigate the circumstances of the murder. The OSCE, the Council of Europe and EU put pressure on the Ukraine, but no attempts were made. With the change of government, the attitude towards the Gongadze case changed as well: Ukraine's new liberal President, Viktor Yushchenko, told it is "a matter of honour" for him to find Gongadze's killers. Today a parliamentary committee is working on the case. In 1999 Gongadze claimed that there was no real press freedom in Ukraine. In January 2000 he warned of the "strangulation

of the freedom of speech and information" in the Ukraine. In April 2000, five months before his death, he founded the internet newspaper *Ukrainska Prawda* to evade well-established repressions of press freedom such as withdrawal of licences or refusal of printing.

The website specialized in political news and commentary, focusing particularly on President Kuchma, the country's wealthy "oligarchs" and the official media. Gongadze was convinced that, because of the limitations in press freedom, "there is practically no objective information available about Ukraine".

Shortly before his kidnapping, Gongadze had complained that police were harassing him and his colleagues about possible complicity in a murder. He denied any involvement and accused police of trying to intimidate him. The organisation "Reporters Without Borders (reporters sans frontières)" publishes a yearly ranking of the state of press freedom in the world. In 2004 Ukraine was listed on number 139 out of 167 (the last place being North Korea). Ukraine's former President Leonid Kuchma was listed as one of the world's largest threats to press freedom. ■



Picture: Ukraine Press

Georgiy Gongadze

Infobox: Georgiy Gongadze

Georgiy Gongadze was born in 1969 in Tbilisi, Georgia. He was kidnapped and murdered in September 2000. His murderers have not been yet identified or put on trial, however two men accused of his murder were arrested in March 2005.

Gongadze worked as a journalist in Georgia and later in Ukraine. He was founder and publisher of the internet newspaper *Ukrainska Prawda*.

Ukrainska Prawda:
<http://www.pravda.com.ua>

Nicht allein islamisch geprägte Terroristen aus dem Nahen Osten morden aus scheinbar grenzenlosem Hass gegen den Westen und seine Lebensform. Die Ablehnung des Okzidents, hat eine lange Tradition, länger als man glauben möchte. So finden die Autoren Kritik an dem, was heute westlich-kapitalistisch genannt wird, bereits in Juvenals Satiren und der Genesis.

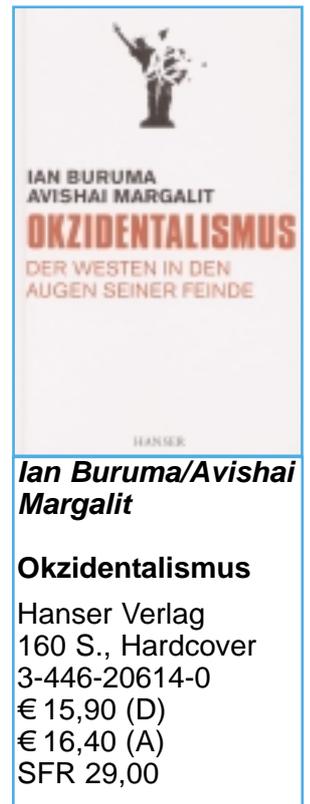
Antike Reichsgründung, Säkularisierung, und stetes Anwachsen der Macht des Geldes - all dies verband sich zur Vorstellung der sündigen irdischen Stadt. Der materielle Ruhm und die sexuelle Freizügigkeit, nach denen die Bewohner lechzten, machten bereits Babel für die Autoren der alttestamentarischen Schriften verdächtig. Und die Zerstörung dieses Sündenabels, so verkündet ja bereits die Bibel, ist gottgewollt und berechtigt.

Die interessante Tatsache, mit der Ian Buruma und Avishai Margalit aufwarten können, ist die, dass nicht Osama bin Laden, Japans größtensinnige Weltkriegsgeneräle oder chinesische Kommunisten die Erfinder dieser Strömung sind, die sie Okzidentalismus nennen. Nein, Europa selbst, gar Deutschland ist das Nest, dem der Hass gegen die westliche Gesellschaft entschlüpfte. Okzidentalismus, jener kreierte Kunstbegriff, bezeichnet eine Geisteshaltung, die der Ideenwelt großer Geister wie Herder, Fichte und Marx entsprang.

Was macht aber den Westen so hässlich? Einerseits ist es die städtische Zivilisation, die durch ihr arbeitsteiliges Zusammenwirken und ihre Handelstätigkeit Geld anhäuft und zu einer Kommerzialisierung menschlicher Beziehungen tendiert - die moralischen Kategorien nicht mehr standhält. Als schmutziges Symbol urbaner Lebensart wird von ihren Feinden die Prostitution gebrandmarkt, der seelenlose Handel mit Begierden. Mit einem Anstieg an materiellem Reichtum geht aber auch ein Mehr an Macht einher, die sich in einer Form von Kolonialismus äußert. Eine zuerst wirtschaftliche, dann auch kulturelle Dominanz, vor der sich viele fürchten - der aber auch viele erliegen.

Okzidentalismus ist keine handfeste Ideologie, sondern vielmehr eine Geisteshaltung oder Stimmungslage, die Rechte wie Linke gütlich vereint - im Hass. Erkennen religiöse Fanatiker der Rechten im westlichen Materialismus heidnischen Götzendienst, so sieht die Linke darin abzulehnende Religion.

Und irgendwie dreht sich dann doch alles um Sex. Um die Einstellung von Menschen und Gesellschaften zu Sexualität. Genau diesen Aspekt decken die Autoren auf nur 160 Seiten sehr geschickt auf: Wie sehr das eigene Empfinden von Sexualität und die Sicht auf die Lebensweise anderer die Geisteshaltung prägt. Und die Ambivalenz menschlichen Charakters zwischen Moral, Ehre und erotischen Sehnsüchten eröffnet ganz neue Perspektiven auf Diktatoren wie Mao Tse-Tung, den man als Ehemann eines Filmstarlets aus Shanghai kennen lernt. Jenem Shanghai der 30er Jahre, das für die chinesischen Kommunisten Inbegriff abzulehnender westlicher Lebensart und bourgeoiser Dekadenz war.



Ian Buruma/Avishai Margalit

Okzidentalismus

Hanser Verlag
160 S., Hardcover
3-446-20614-0
€ 15,90 (D)
€ 16,40 (A)
SFR 29,00



Bild: <http://www.zis.de>



Harvard National Model United Nations

Marie-Therese Thill



Die Delegation vor der Statue von John Harvard, dem Gönner der Universität.

Seit bereits 51 Jahren zieht dieser klingende Name ambitionierte und engagierte Studenten aus der ganzen Welt an die Ostküste der USA. So kam es, dass wir, das sind Fritz Bachmair, Nicole Brandl, Nikolaus Cichy, Noële Crossley, Alejandro Garcia Alvarez, Mario Kempf, Josef Mantl, Isolde Rabl, Emanuel Riccabona, Bernhard Stummer, Marie-Therese Thill und Dominik Zotti, uns als erste österreichische Delegation nach Boston, Massachusetts, aufmachten, um dort an der ältesten und renommiertesten von der Elite-Universität Harvard ausgerichteten Model United Nations-Konferenz teilzunehmen. Unterstützt wurde das Projekt von der EU-Kommissarin für Außenbeziehungen und Europäische Nachbarschaftspolitik, Dr. Benita Ferrero-Waldner, die die Harvard National Model United Nations als wundervolle Möglichkeit pries "mit Studenten aus aller Welt neue Impulse für unsere globale Gesellschaft zu setzen".



Head Delegate Fritz Bachmair mit den Teilnehmerinnen

Nach fast einem halben Jahr Vorbereitung war es soweit, von 17. bis 20. Februar fanden schließlich die Harvard National Model United Nations statt, wo die österreichische Delegation das Königreich Schweden repräsentierte. Interessant ist, welche Nation der ebenfalls zum ersten Mal teilnehmende Irak vertrat, nämlich - wie hätte es anders sein können - die Republik Österreich. Da wir schon am 16. Februar in Boston angekommen waren, nützten wir die Zeit um uns den Harvard Campus - auch genannt das Disneyland unter den Universitäten, wie unser Tourguide treffend meinte - zu besichtigen. Der Campus ist so, wie man sich ihn vorstellt: altehrwürdige Backsteingebäude, riesige Bibliotheken und viele in Gedanken vertiefte Studenten.



Emanuel Riccabona, Bernhard Stummer, Dominik Zotti, Alejandro Garcia Alvarez, Marie-Therese Thill, Mario Kempf, Mag. Josef Mantl, Mag. Nicole Brandl, Mag. Isolde Rabl, Noële Crossley, Nikolaus Cichy (v.l.n.r.)

Am nächsten Tag war es soweit, das Harvard National Model United Nations wurde im Bostoner Park Plaza Hotel eröffnet. Die folgenden vier Tage verlangten uns Einiges ab: stundenlange Komiteesitzungen, ständiges Verhandeln von Kompromissen und die Erarbeitung von Resolutionen erforderten viel Konzentration, diplomatisches Geschick und Durchhaltevermögen. Die große Anzahl der Delegierten in den Komitees, insgesamt nahmen über 2000 Studenten an den Harvard National Model United Nations teil, machte die Arbeit nicht gerade leichter. Dazu kamen noch die abendlichen social events, die wir natürlich auch nicht auslassen konnten. Immerhin mussten wir das Image der Schweden im Ausland hochhalten. Die Harvard National Model United Nations waren ebenso bereichernd wie anstrengend. Aber die Möglichkeit über die Mechanismen von internationalen Beziehungen, die Dynamik von Debatten und den Prozess der Konsensfindung so praxisnah zu erleben, macht diese Konferenz einzigartig. ■

Das neue Österreich Die Ausstellung zum Staatsvertragsjubiläum 1955 / 2005

16. Mai 2005 bis 1. November 2005

Ein gemeinsames Vorhaben der Republik Österreich, der Stadt Wien und privater Sponsoren im Schloss Belvedere

Das Schloss Belvedere ist einer jener Orte, wo sich Zeiträume überspannend die Erinnerung Vieler bündelt und wo unweigerlich kollektives Gedächtnis entsteht. Im Marmorsaal des Oberen Belvedere unterzeichneten am 15. Mai 1955 die Außenminister Frankreichs, Großbritanniens, der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Republik Österreich den österreichischen Staatsvertrag.

Ein rot-weiß-rot leuchtender Umriss Österreichs über dem Balkon des Oberen Belvedere wird während der Ausstellung ein weithin sichtbares Zeichen setzen: Von hier aus wurde der unterzeichnete Staatsvertrag als Botschaft an die Welt den jubelnden Menschen gezeigt.

Im ersten Stock des Oberen Belvedere spannt die Ausstellung „Das neue Österreich“ einen weiten Bogen über die historischen und künstlerischen Entwicklungen im 20. Jahrhundert bis zum neuen Österreich als Mitglied der Europäischen Union. Im Zentrum stehen dabei die Jahre der alliierten Besatzung des Landes von 1945 bis 1955 und die Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrags im Marmorsaal des Oberen Belvedere.



DAS NEUE ÖSTERREICH

Die Ausstellung zum Staatsvertragsjubiläum 1955/2005

16. Mai – 1. Nov. 2005 | Oberes Belvedere | Prinz-Eugen-Str. 27, 1030 Wien | Di–So 10–18, Do bis 21 Uhr | T +43/1/79 557 262, F-136 | www.dasneueoesterreich.at

© 2005 Österreichischer Kulturfonds



MINISTERIUM FÜR KULTUR UND MEDIEN



ÖSTERREICHISCHE GALERIE BELVEDERE



Vienna International Model United Nations Experiencing the world of diplomacy

For eleven years now young people aged between 18 and 35 from all over the world have gathered in Vienna to discuss the global issues of our time in form of a United Nations simulation conference.

The conference not only provides an insight into the world of diplomacy and into the workings of the United Nations, it is also a great opportunity to get in touch with different cultures and adapt different perspectives, which represents a

step towards a better dialogue among nations. Vienna International Model United Nations is one among many Model United Nations taking place all over the world aiming at bringing young people closer to the United Nations, making them familiar with negotiation techniques and ways of finding peaceful solutions to global problems. However, VIMUN is special for it actually takes place at the United Nations Headquarters in Vienna for the duration of the conference. This makes VIMUN a unique experience for the participants since they get the chance to lead discussions in actual UN conference rooms where otherwise real decisions are being made by UN delegates. Furthermore, the participants get to experience the multicultural atmosphere of the UN and can walk along the UN halls alongside real diplomats.

Diplomats for five days

Each year various UN Committees are simulated, ranging from the Security Council, the Commission on Human Rights (CHR) to the UN Industrial Development Organization (UNIDO). Since the year 2003 there has also been an External Discussion Forum. Each of the Committees deals with an actual global issue and



the aim of the four days of discussions is to reach a resolution on this matter. At this year's VIMUN seven Committees will be simulated, dealing with topics such as money laundering and its link to

terrorism, protection of human rights in times of armed conflict, coordination of disaster relief operations, equal access to education as well as the reduction of poverty through micro-finance.

Furthermore, the Security Council will try to find a solution to an actual crisis and the External Discussion Forum will be concerned with the conflict-management in South Caucasus.

But how does the simulation actually work? Each of the Committees is led by a Chair-team consisting of the Chairperson, Co-Chairperson and Usher who moderate the discussions

and care for the maintenance of order at the meetings. All other participants take part as delegates, which means that they represent one country, which may not, however, be their country of origin. The idea behind this is that all the participants have equal chances to prepare for the conference and it poses a challenge to them to get familiar with policies and attitudes of the country they represent and thus to adapt different perspectives. Furthermore, during the discussions delegates have to represent the standing point and interests of that country in regard to the subject under discussion.

The debate flows in a set manner according to the Rules of Procedure which have to be learnt prior to the conference. What is more, it is important that the participants prepare themselves before VIMUN, so that they read the preparation material provided on the VIMUN homepage and do some research on their own. If the delegates are well-prepared, this enables a smoother flow of debate and leads to a good resolution in the end.

After four days of negotiations all the Committees shall have passed their resolutions which are then presented at the General Assembly. At the General Assembly, which takes place in the large UNIDO Board-Room, all delegates from all the Committees come together to vote on the resolutions. Afterwards the Closing Ceremony that forms the official end of the conference takes place. In the past Guests of Honour, such as the well-known former UN Secretary General, Dr. Kurt Waldheim, have spoken on this occasion.



Katja Gasperic



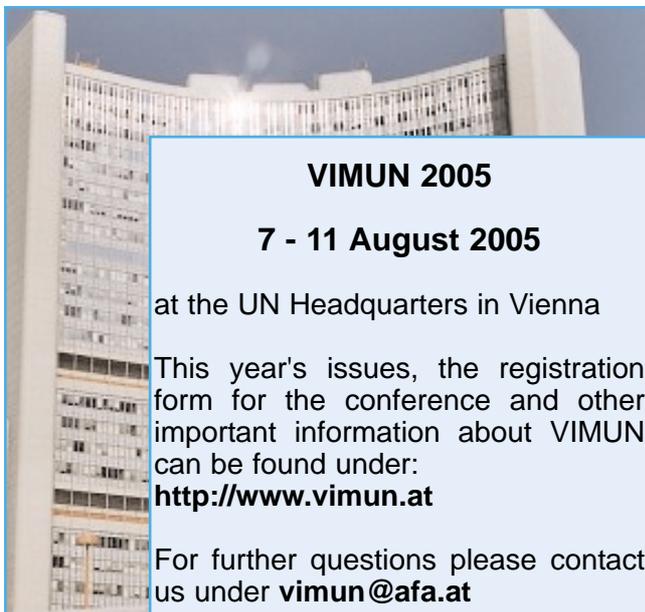
Exciting social programme

In reality, the life of a diplomat does not only consist of negotiations and formal meetings. A lot of networking and lobbying is done on other occasions, such as receptions and informal gatherings. Therefore VIMUN provides an exciting social programme accompanying the conference talks.

This social part of the conference enables the young delegates to get to know some of the 250 participants, who come from around 40 different countries each year. Furthermore, many delegates also use the chance to draft their resolutions and persuade their fellow delegates of their standing point like real diplomats do on such occasions. With a standard Welcome Dinner, a reception at the magnificent City Hall of Vienna, a reception at the Diplomatic Academy of Vienna as well as a VIMUN Clubbing on the last evening of the conference, VIMUN creates an unforgettable experience for the participants.



This year UNYSA-AFA-AUSTRIA, the organizer of the conference, is again expecting around 250 young people at the 11th VIMUN, which will be a special event since the year 2005 marks the 60th Anniversary of the United Nations. ■



VIMUN 2005
7 - 11 August 2005

at the UN Headquarters in Vienna

This year's issues, the registration form for the conference and other important information about VIMUN can be found under:
<http://www.vimun.at>

For further questions please contact us under vimun@afa.at

Berichte über Veranstaltungen

Jour Fixe am 19. Januar 2005

"Die Familie ist das erste, was der Mensch erblickt und das letzte, nach der er seine Hand ausstreckt", mit diesem Zitat vom Philosophen und Theologen Adolf Kolping eröffnete Frau Staatssekretärin **Ursula Haubner** den ersten Jour Fixe der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen im neuen Jahr.

Der Einladung zum schon traditionellen und allmonatlich stattfindenden Mittagessen mit anschließendem Vortrag im Hotel de France sind auch diesmal wieder zahlreiche Persönlichkeiten des Diplomatischen Lebens gefolgt. So konnte Altbundespräsident Dr. Kurt Waldheim auch i.E. Frau Botschafterin Gabriella Lindholm, Schwedische Botschafterin in Wien begrüßen. Die Mitglieder und Freunde der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen verfolgten aufmerksam das Referat von Frau Staatssekretärin Ursula Haubner zum Thema "Nationale und Internationale Familienpolitik".



Jour Fixe am 18. Februar 2005

Frau Bundesministerin **Maria Rauch-Kallat** referierte beim Jour Fixe der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen am 18. Februar 2005 über die UN-Frauenstatuskommission. Eine Kommission, die sich zur Aufgabe gemacht hat, die Stellung der Frauen weltweit zu verbessern.



der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen

"Österreich war eines der ersten Länder, das die Konvention zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung (CEDAW) im Jahre 1982 ratifiziert hat", erklärte die Frauenministerin einleitend und wies darauf hin, dass dieses zentrale Instrument der UN-Gleichstellungspolitik während der Amtszeit von UNO-Generalsekretär Dr. Kurt Waldheim beschlossen wurde. Mittlerweile hat Österreich den sechsten Bericht zu CEDAW vorgelegt und auch das Zusatzprotokoll, das den internationalen Schutz der Frau um eine Individualbeschwerde erweitert, ratifiziert.

Zahlreiche Vertreter des diplomatischen Lebens, darunter auch I.E. Botschafterin Amira Kapetanovic, Botschafterin von Bosnien und Herzegowina in Wien, haben sich am 18. Februar 2005 zum Jour-Fixe Mittagessen mit anschließendem Vortrag im Wiener Ringstraßen Hotel de France eingefunden, um den Ausführungen der Frauenministerin zur Situation der Frauen in Österreich und der Arbeit der UN-Frauenstatuskommission zu folgen.

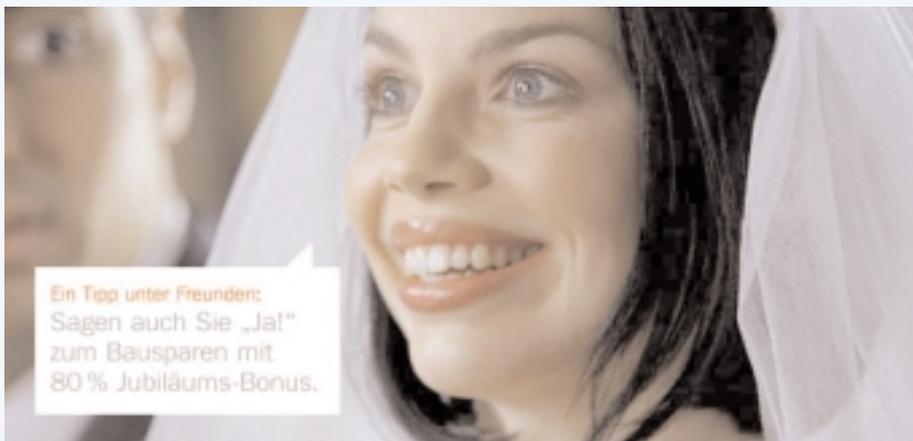
Auch Bundesminister a. D. Willibald Pahr konnte vom Präsidenten der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen, Dr. Kurt Waldheim unter den zahlreichen Gästen begrüßt werden. Angeführt von Generalsekretärin Monika Posch, nahm auch eine Delegation des Club Alpha - eine politische Akademie für Frauen, die von Maria Rauch-Kallat vor 20 Jahren gegründet wurde und deren Ehrenobfrau sie ist - am Jour Fixe teil. Anwesend waren auch Vertreter aus Wirtschaft und Diplomatie wie Manuela Lindlbauer/GF Personalmanagement Lindlpower, Dr. Rolf Thaler, GF ThalerConsult, Sylvia Korntheuer/PR-Agentur rauschfrei sowie Mag. Liselotte Waldheim-Natural, Botschafter a.D. Dr. Wolfgang Wolte, Gen.Sekr. der Liga der Vereinten Nationen Botschafter a.D. Dr. Karl Peterlik.

Jour Fixe am 22. März 2005



Beim Jour Fixe der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen referierte diesmal Justizministerin **Karin Miklautsch** zum Thema "Verbüßen der Haftstrafe im Heimatland".

Unter den Gästen befanden sich u.a: Der ÖLVN-Vorstand und seine Mitglieder mit Präsident Kurt Waldheim, hochrangige diplomatische Vertreter wie I.E. Botschafterin Amira Kapetanovic (Bosnien Herzegowina), S.E. Botschafter Hans-Henning Horstmann (Deutschland), S.E. Botschafter Justus de Visser (Niederlande), S.E. Botschafter Jozef Klimko (Slowakei), S.E. Botschafter Traian Chebeleau (Rumänien), S.E. Botschafter Jonas Rudalevicius (Litauen), S.E. Ernest Petric (Slowenien) und viele, viele mehr...



Ein Tipp unter Freunden:
Sagen auch Sie „Ja!“
zum Bausparen mit
80% Jubiläums-Bonus.

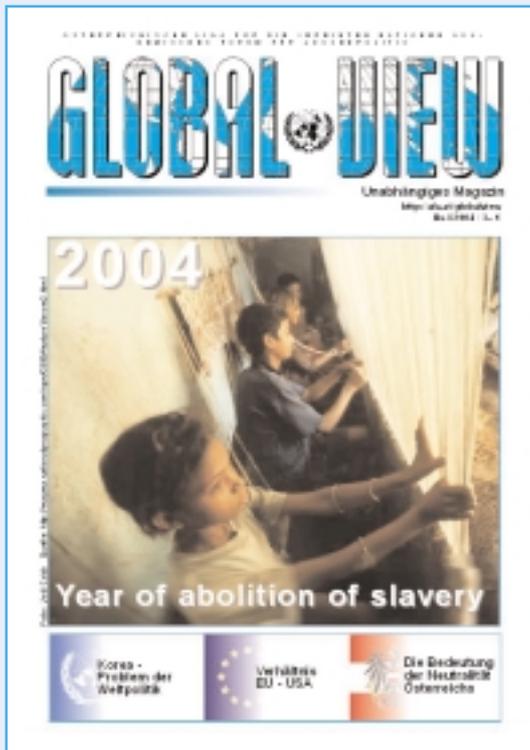
wüstenrot

Manchmal
reicht ein
einziges Wort...

Fragen Sie Ihren Wüstenrot-Berater oder
besuchen Sie uns im Internet: www.wuestenrot.at



DVR: 0875538 | Erscheinungsort: Wien,
P.b.b. Verlagspostamt: A-1010 Wien | GZ 02Z030108M
Ausgabe Nr.: I/2005



Ausgabe I / 2004



Ausgabe II / 2004



Ausgabe III / 2004



Ausgabe IV / 2004

GLOBAL VIEW

Beiträge sind uns jederzeit herzlich willkommen!

Akademisches Forum für Außenpolitik (AFA)
z.H. Chefredaktion
Johannesgasse 2/2/32
A-1010 Wien
E-Mail: globalview@afa.at